

## PROTOKOLL

### 5. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Steffisburg

Donnerstag, 26. August 2010

17.00 Uhr – 19.40 Uhr, Höchhus, Saal Dachstock, Höchhusweg 17, Steffisburg

---

Vorsitz	Gerber Heinz, GGR-Präsident 2010
Sekretär	Zeller Rolf, Gemeindeschreiber
Protokoll	Neuhaus Marianne, Verwaltungsangestellte Traktanden 51 bis 59 Furrer Erika, Verwaltungsangestellte Traktanden 60 bis 64
Mitglieder	EDU Bühler Markus Gerber Christian  EVP Bachmann Margret Brönnimann Marlène Gyger Lukas Schweizer Thomas Wäfler Samuel  FDP Fischer-Bryner Franziska Gerber Jürg Pfister Sereina Riesen Michael Stauffer Sandro Trachsel Urs Wegmann Beat  SP Erb Martin Hug-Wäfler Gabriela Jordi Katharina Jordi Peter Kunz Fritz Lehmann Ruth Maurer Peter Schanz Claudia Tschanz Therese Zimmermann Hans  SVP Barben Adrian Berger Ulrich Canonica Barbara Gerber Heinz Grossniklaus Hans Ulrich Kropf Hansueli Marti Hans Rudolf Marti Werner

ab 18.30 Uhr

Saurer Ursula  
Schwarz Elisabeth

Davon entschuldigt	Brönnimann Marlène (private Gründe) Stauffer Sandro (Ferien)		
Anwesend zu Beginn	31		
Absolutes Mehr	16		
Mitglieder Gemeinderat	Huder Ursulina	Vorsteherin Bildung	SP
	Kopp Lorenz	Vorsteher Hochbau/Planung	EVP
	Marti Jürg	Vorsteher Präsidiales	SVP
	Schenk Marcel	Vorsteher Tiefbau/Umwelt	SP
	Schmid Susanna	Vorsteherin Soziales	SVP
	Schneeberger Stefan	Vorsteher Sicherheit	FDP
	Spycher Stephan	Vorsteher Finanzen	FDP
Davon entschuldigt	Schenk Marcel (Ferien) Schmid Susanna (Schulanlass/beruflich)		
Anwesende Vertreter Verwaltung	Finger Monika, Finanzverwalterin Hadorn Hans-Peter, Abteilungsleiter Hochbau/Planung Stalder Michaela, Gemeindeschreiber-Stv.		
Medienschaffende	3		
Zuhörer	6		
Gäste/Referenten	--		

---

## ERÖFFNUNG

### Traktandenliste

Die Traktandenliste wird wie folgt genehmigt:

51. Protokoll der Sitzung vom 18. Juni 2010; Genehmigung
52. Informationen des Gemeindepräsidenten
53. Motion der SVP-Fraktion betr. „Steuersenkung ab 2011“ (2010/07); Behandlung
54. Motion der SP-Fraktion betr. „Keine Geschäfte mit Finanzinstituten mit Boni-Exzessen“ (2010/14); Behandlung
55. Motion der SVP-Fraktion betr. „Sofortige Planung und Realisierung eines Allwetterplatzes (2010/08); Behandlung
56. Motion der SVP-Fraktion betr. Sofortige Planung und Realisierung eines zusätzlichen Sportplatzes“ (2010/09); Behandlung
57. Motion der SP-Fraktion betr. „Verdoppelung Sockelbeiträge Vereine“ (2010/10); Behandlung
58. Motion der SP-Fraktion betr. „Namhafter Beitrag für die kulturellen Vereine“ (2010/11); Behandlung

59. Postulat der SP-Fraktion betr. „Abgabe von REKA-Checks an pensionierte Mitarbeitende“ (2010/12); Behandlung
60. Postulat der EVP/EDU-Fraktion betr. „Förderung von Hochstamm Obstbäumen und von einheimischen, blühenden Büschen in den Privatgärten von Steffisburg“ (2010/13); Behandlung
61. Interpellation der SVP-Fraktion betr. „Rückmeldung an Stimmbürger, welche ihren Abstimmungs- ausweis nicht unterschrieben haben“ (2010/17); Beantwortung
62. Interpellation der FDP-Fraktion betr. „Dorfplatz“ (2010/18); Beantwortung
63. Neue parlamentarische Vorstösse; Bekanntgabe und Begründung
64. Einfache Anfragen

## VERHANDLUNGEN

Einleitend begrüsst Heinz Gerber alle Gäste, Medienvertreterinnen und Medienvertreter, alle Mitglieder des Grossen Gemeinderates und des Gemeinderates sowie alle Abteilungsleitenden zur fünften Sitzung des Grossen Gemeinderates 2010.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass Bryner Franziska zwischenzeitlich geheiratet hat und nun Fischer-Bryner Franziska heisst.

### Ersatzwahl Stimmzähler

Der Vorsitzende teilt mit, dass Fritz Kunz, Stimmzähler, später zur Sitzung erscheint. Deshalb muss während seiner Abwesenheit eine ausserordentliche stimmzählende Person gewählt werden. Er erwartet einen Vorschlag der SP-Fraktion.

Claudia Schanz schlägt im Namen der SP-Fraktion Peter Jordi vor.

### Wahl

Einstimmig wird Peter Jordi als ausserordentlicher Stimmzähler gewählt.

Der Vorsitzende bittet an dieser Stelle die Ratsmitglieder allfällige neue parlamentarische Vorstösse einzureichen, damit diese anschliessend kopiert und verteilt werden können.

### Titel von parlamentarischen Vorstössen

Heinz Gerber teilt auf Wunsch der Abteilung Präsidiales mit, dass die Titel bei parlamentarischen Vorstösse jeweils kurz und prägnant zu halten sind.

## 51 10.060.006 Protokolle

### **Protokoll der Sitzung vom 18. Juni 2010; Genehmigung**

Das Protokoll der Sitzung vom 18. Juni 2010 wird einstimmig und mit Dank an die Verfasserinnen genehmigt.

## **52 10.060.000 Grosser Gemeinderat**

### **Informationen des Gemeindepräsidenten**

#### 52.1 Pensionierungen

Keine.

#### 52.2 Kündigungen

Michaela Stalder, Gemeindeschreiber-Stellvertreterin, hat per 30. November 2010 gekündigt. Sie nimmt eine neue Herausforderung bei der Gemeinde Münchenbuchsee an. Er dankt ihr bereits jetzt für die kurze, gute Zusammenarbeit und wünscht ihr für die Zukunft alles Gute und viel Erfolg.

Marlies von Allmen, Bereichsleiterin Bauinspektorat, ist schwanger und wird voraussichtlich ab Mitte Oktober 2010 einen Mutterschaftsurlaub beziehen. Ihre Stelle wird sie per Ablauf des Urlaubs kündigen. Er wünscht ihr beste Gesundheit und wunderbare Momente mit dem Nachwuchs.

#### 52.3 Funktionsänderungen/Veränderungen Beschäftigungsgrad

Beim Sozialdienst Zulg wurde Caroline Pulver neu per 1. September 2010 unbefristet zu 60 % als Sozialarbeiterin angestellt. Ihre befristete Anstellung läuft per 31. August 2010 aus.

Beim Personaldienst wird der Stellenetat um 20 % erhöht, dies infolge einer hohen Arbeitsbelastung, welche sich auch mit hohen GLAZ-Saldi auswirken. Karin Richard wird neu 80 % statt 60 % arbeiten. Das sollte auch positive Auswirkungen (auch wenn nur minimal) auf die Rückstellungen der Zeit- und Ferienguthaben haben.

Nach dem vorzeitigen Rücktritt von Peter Lienhardt per 31. August 2010 musste die Ressortleitung Sozialdienst Zulg neu geregelt werden. Der Gemeinderat überträgt die Führungsaufgaben Thomas Neukomm und Brigitta Bütschi, welche neu per 1. September 2010 als Bereichsleitende tätig sind – bisher nahmen sie die Aufgabe als Gruppenleitende wahr.

In der Abteilung Sicherheit werden 20 Stellenprozente reduziert. Dies unter anderem, weil bei der Gemeinde keine Identitätskarten und Pässe mehr beantragt und bezogen werden können. Die Reduktion fällt zur einen Hälfte auf Marina Hirschi und zur andern Hälfte auf Katharina Wyssen.

#### 52.4 Neuanstellungen

Wie bereits den Medien entnommen werden konnte, stellte der Gemeinderat Prisca Loosli aus Steffisburg als neue Abteilungsleitende Bildung per 1. November 2010 an.

Als Nachfolge von Marlies von Allmen nimmt Beat Reber per 1. Oktober 2010 seine Arbeit auf. Er hat einen Beschäftigungsgrad von 80 %.

Bruno Bartlome wird per 1. Oktober 2010 als Handwerker FW/ZS/QA zu 100 % angestellt. Er ist Markus Trachsel unterstellt und übernimmt nach der Neuorganisation der heutigen Stellen Markus Trachsel/Ernst Gerber verschiedene handwerkliche Aufgaben.

Die vakante Stelle bei der Jugendfachstelle z4 von Michelle Krenger wird mit der ehemaligen Lernenden Sandra Kunz besetzt. Sie wird ihre Arbeit per 1. September 2010 mit einem Beschäftigungsgrad von 60 % antreten.

Per 1. September 2010 wird ebenso Oliver Binz (heute noch Praktikant beim Sozialdienst Zulg) befristet bis 31. Juli 2011 als Sozialarbeiter angestellt. Er schliesst während dieser Anstellung sein Studium ab und arbeitet deshalb mit einem Beschäftigungsgrad von 50 %.

#### 52.5 Aktuelle Einwohnerzahl von Steffisburg

An der letzten GGR-Sitzung betrug die Einwohnerzahl 15'409 Personen. Aktuell beträgt die Einwohnerzahl 15'434 Personen (+ 25 Personen).

## 52.6 Sponsoringvertrag mit Snowboarderin Fränzi Mägert-Kohli

Der Gemeinderat hat den Sponsoringvertrag mit der Snowboarderin Fränzi Mägert-Kohli für die Saison 2010/2011 verlängert. Jürg Marti, Gemeindepräsident, wünscht ihr gute Ergebnisse und viel Erfolg an der Weltmeisterschaft im Januar 2011 in Spanien.

## 52.7 Bypass Thun-Nord

Gemäss aktuellen Informationen kann davon ausgegangen werden, dass die Bundesfinanzierung, entgegen der medialen Kommunikation, nicht verspätet eintreffen wird. Der Ständerat hat eine Spezialeinlage verabschiedet, welche genügend Mittel für die Agglo-Programme zur Verfügung stellen soll. Momentan geht der Kanton Bern davon aus, dass der Nationalrat der Finanzierung auch zustimmen wird.

In den nächsten Wochen debattiert der Gemeinderat über einen Planungsauftrag für die Konkretisierung der Erschliessungsstrasse des Bahnhofgebiets und des Aarefelds via Autobahnzubringer.

## 52.8 Stiftung Höchhus

Wie den Medien zu entnehmen war, befasste sich der Stiftungsrat mit der Neuorganisation des Rats. Momentan wird die Anzahl der Mitglieder definiert, um die drei Bereiche Marketing, Finanzen sowie Gastronomie besetzen zu können. Ebenso wird die Organisation der Administration geprüft und für die genannten Bereiche werden Pflichtenhefte erstellt. Es werden nun entsprechende, potentielle Stiftungsräte gesucht bzw. angefragt, damit in den nächsten Monaten, jedoch bis spätestens Ende 2010, der Stiftungsrat in neuer Zusammensetzung seine Aufgabe wahrnehmen kann.

Die finanziellen Transaktionen sind reibungslos nach Plan abgelaufen. Die Stiftung ist neu mehrwertsteuerpflichtig und hat somit auch das Gesuch für die Einlageentsteuerung von rund Fr. 270'000.00 eingereicht. Weiter wurde ein Flyer erarbeitet, der das Angebot des Höchhus' publik macht. Der Flyer wird dem nächsten GGR-Versand beigelegt.

## 53 **10.061.001 Motionen**

### **Motion der SVP-Fraktion betr. „Steuersenkung ab 2011“ (2010/07); Behandlung**

#### **Inhalt des Vorstosses**

Die SVP-Fraktion hat an der GGR-Sitzung vom 29. April 2010 eine Motion mit folgendem Wortlaut eingereicht: *„Die Finanzplanung ab 2011 und das Budget 2011 für die Gemeinde Steffisburg ist mit einem um 1 Steuerzehntel tieferen Steuersatz gegenüber 2010 zu erstellen.“*

Die Begründung zu diesem Antrag ist dem Motionstext zu entnehmen.

Der Gemeinderat hat die Motion am 17. Mai 2010 der Abteilung Finanzen zur Stellungnahme überwiesen.

#### **Stellungnahme Gemeinderat**

Der Gemeinderat ist abschliessend zuständig für das Finanzhaushaltgleichgewicht. Er nimmt diese Verantwortung ernst und hat deshalb in den vergangenen Jahren an der Finanzstrategie gearbeitet und die finanzpolitischen Zielsetzungen umgesetzt. Weiter hat er sich bereits an der Klausur im März 2009 aufgrund von Steuersenkungsbegehren, aufgrund des positiven Rechnungsabschlusses aber auch aufgrund der Wirtschaftskrise unter Beizug eines externen Beraters mit den Rahmenbedingungen für den Finanzplan und den Voranschlag auseinandergesetzt.

Anlässlich der Klausur vom März 2010 hat sich der Gemeinderat aufgrund des nochmals sehr guten Rechnungsabschlusses 2009 erneut mit der genannten Thematik auseinandergesetzt, sich die einmaligen und wiederkehrenden Folgen bzw. Möglichkeiten aufzeigen lassen, über künftige Projekte der Gemeinde und ihre finanziellen und personellen Konsequenzen informieren lassen und folgende Schlüsse gezogen:

- Die finanzielle Situation von Steffisburg lässt eine weitere Steuersenkung ab 2011 zu. Diese soll aber nachhaltig sein.
- Unter Berücksichtigung der vom Grossen Rat bereits beschlossenen Steuergesetzrevision 2011, welche auch auf die Gemeindesteuern Auswirkungen hat, wird wie folgt reagiert:
  - Der Voranschlag 2011 soll je nach konkreten Auswirkungen der Steuergesetzrevision mit einer Steueranlage zwischen 1,60 und 1,62 vorgelegt werden.
  - In der Finanzplanung ist die Steueranlage so festzulegen, dass Ende der Planperiode ein Eigenkapital von mindestens 10 Mio. Fr. vorhanden ist und keine Neuverschuldung erfolgt.
- Für neue Integrationsprojekte werden in die Finanzplanung nach wie vor jährlich Fr. 300'000 eingestellt.
- Das Projekt HARMOS wird gemäss den kantonalen Vorgaben umgesetzt. Es bedingt den Bau von zwei bis drei zusätzlichen Kindergärten. Vorerst wird ein Kindergarten definitiv erstellt. Der übrige Bedarf wird vorerst mit Provisorien gelöst, so dass die Entwicklung der Kinderzahlen noch weiter berücksichtigt werden kann.
- Für die Bilanzsanierung und zur Verbesserung des laufenden Betriebs soll die Stiftung Höchhus nochmals Fr. 852'000 erhalten.
- Der gute Rechnungsabschluss erlaubt, dass ein langjähriges Anliegen, nämlich der Bau eines Allwetterplatzes, rasch an die Hand genommen wird. Hierzu sind Investitionen von Fr. 2'000'000 in die Planung aufzunehmen.
- Die bisherige, konsequente und erfolgreiche Finanzstrategie ist in allen übrigen Punkten weiterzuverfolgen.

Bei diesen Entscheiden hat der Gemeinderat berücksichtigt, dass in den kommenden Jahren grosse Unsicherheitsfaktoren einen Einfluss auf den Finanzhaushalt haben können. Bei öffentlichen Geldern gilt grundsätzlich das Vorsichtsprinzip. Folgende Rahmenbedingungen wurden berücksichtigt:

- Die effektiven Ertragsausfälle aufgrund der Steuergesetzrevision 2009 können erst Ende 2010, nach der Veranlagung der Steuerpflichtigen, beziffert werden.
- Die Ertragsausfälle bei den Steuern aufgrund der Wirtschaftskrise sind noch nicht abschliessend bekannt. Die Steuerertragsplanung birgt somit ein gewisses Risikopotenzial. Das gleiche gilt auch für die Beiträge der Lastenverteilung Sozialhilfe, welche in einem direkten Zusammenhang zur Konjunktorentwicklung stehen.
- Die Auswirkungen aufgrund der Revision des Finanz- und Lastenausgleichsgesetzes per 2012 sind noch zu wenig konkret. Tendenziell ist von einer Mehrbelastung auszugehen.
- Die geplanten Aktienverkäufe werden bis auf Weiteres sistiert. Sie sollen getätigt werden, wenn sich die Aktienkurse erholt haben. Dies wirkt sich auf den Zinsaufwand und die Entwicklung der Schulden aus.
- Die einmaligen Verkäufe des Finanzvermögens (Aktien, Grundstücke) sollen nachhaltig, für den Schuldenabbau, genutzt werden.

Die Motion wurde im Zusammenhang mit den neusten Ergebnissen der Finanzplanung vom Juli 2011 geprüft. Die Resultate lauten:

- Die Senkung der Steueranlage um einen Steueranlagezehntel von 1,64 auf 1,54 ab 2011 hat in der Planungsperiode Mindereinnahmen gegenüber der Variante Steueranlage 1,62 von knapp 8,2 Mio. Fr. zur Folge.
- Das Eigenkapital würde Ende 2015 noch 2,7 Mio. Fr. betragen.

- Der durchschnittliche Selbstfinanzierungsgrad beträgt für die Jahre 2010 – 2015 knapp 37 %, der Finanzierungsfehlbetrag 18,2 Mio. Fr. Diese Werte sind völlig ungenügend.
- Die Verschuldung würde um knapp 8,0 Mio. Fr. mehr zunehmen als bei der vom Gemeinderat vorgeschlagenen Steueranlage von 1,62. Die mittel- und langfristigen Schulden würden per Ende 2015 somit über 38 Mio. Fr. betragen.

## Fazit

Steffisburg ist aufgrund des Eigenkapitals grundsätzlich steuersenkungsfähig. Ein Teil der möglichen Steuersenkung wird bereits durch die kantonale Steuergesetzrevision 2011 realisiert, so dass sich der gemeindeeigene Spielraum gegenüber der bisherigen Finanzplanung erheblich verringert hat. Die Gemeinde-Steueranlage soll nun in einer zweiten Etappe so gesenkt werden, dass die bisherige Entschuldung nachhaltig bleibt. Die für 2012 geplante Senkung auf 1,62 Einheiten wird um ein Jahr vorgezogen.

Die Steuern werden somit zusammen mit der Steuergesetzrevision wesentlich mehr gesenkt als im Jahr 2009 geplant war, nämlich konkret bei den Einkommenssteuern: Steuergesetzrevision -4,3 %, Senkung Steueranlage um 0,2 Einheiten bzw. -1,22 %; **total Reduktion der Einkommenssteuern gegenüber dem Jahr 2010 somit 5,52 % oder 0,9 Steueranlagezehntel**. Zusammen mit der bereits erfolgten Senkung im Jahr 2010 beträgt die Steuerbelastung somit 1,3 Steueranlagezehntel weniger.

Die Finanzpolitik der vergangenen Jahre hat die gewünschte Gesundung, Stabilisierung und Stärkung der Finanzen – vor allem wegen der Veräusserung von Finanzvermögen und ausserordentlichen Erträgen - gebracht. Aufgrund dessen bzw. des hohen Eigenkapitals soll ein Teil an die Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben werden, dies in Form von Steuersenkungen und ausserordentlichen Investitionen. Wichtig ist, dass nach der Phase von „sich etwas leisten“ wieder eine konsequente Finanzpolitik umgesetzt wird. Aufgrund der heutigen Prognosen ist ansonsten das Haushaltgleichgewicht nicht mehr gewährleistet. Die Gemeinde verliert ihren gesamten finanziellen Handlungsspielraum.

Die Umsetzung der Motion ist aus den geschilderten Gründen nicht tragbar, ohne dass die finanzpolitischen Zielsetzungen gefährdet werden. Aus heutiger Sicht ist eine Steuersenkung in diesem Ausmass nicht zu verantworten. Der Gemeinderat beantragt deshalb dem Grossen Gemeinderat, die Motion an der Sitzung vom 26. August 2010 abzulehnen.

## Behandlung

Stephan Spycher, Departementsvorsteher Finanzen, erläutert, dass der Gemeinderat kürzlich den Finanzplan 2011 – 2015 und den Voranschlag 2011 behandelt hat. Im Zusammenhang mit dieser Motion orientiert er, dass die beiden Tabellen auf Seiten 7 und 9 der GGR-Kommentare aus dem Finanzplan stammen und unverändert darin bleiben werden. Diese werden an der GGR-Sitzung vom 15. Oktober detailliert kommentiert. Die Tabellen nehmen Bezug auf eine Entwicklung der Steuerbasis wie sie der Gemeinderat dem Grossen Gemeinderat sowie den Motionären vorschlagen möchte. Der Gemeinderat hat ebenso beschlossen, dem Grossen Gemeinderat vorzuschlagen, die Steueranlage im Jahr 2011 von 1,64 auf 1,62 zu senken.

Stephan Spycher hebt die gute Entwicklung der Steffisburger Finanzen hervor. Er ist überzeugt, dass alle noch den gleichen Willen haben, diese Situation beizubehalten und die Gemeinde Steffisburg weiterhin finanziell stark in die Zukunft zu führen.

Ergänzend zum Bericht des Gemeinderates teilt Stephan Spycher Folgendes mit:

Der Gemeinderat hat nach wie vor den Willen, eine nachhaltige und strenge Finanzpolitik zu vollziehen. Eine nachhaltige Finanzpolitik ist dazu da, um den Bürgerinnen und Bürgern von Steffisburg Mehrwerte zu schaffen. Nachhaltigkeit und Strenge heisst, dass sich die Gemeinde Steffisburg etwas leisten kann, aber nur dann, wenn gute Rechnungsabschlüsse ausgewiesen werden können. Strenge Finanzpolitik soll ebenso heissen, das zu bestellen, was auch finanziert werden kann. Insbesondere sollen die Schulden stabil gehalten werden. Nachhaltige Finanzpolitik bedeutet für den Gemeinderat

auch, dass Steuersenkungen dauerhaft finanziert sein sollen. Der Gemeinderat ist für Steuersenkungen mit Mass, damit entsprechende Aufgaben weiterhin erfüllt werden können. Bezüglich „sich etwas leisten“ hat sich der Gemeinderat gewisse Grundsätze gesetzt. Sich etwas leisten, setzt er nicht nur mit weniger Steuern zahlen gleich. Vielmehr will er möglichst viele Bürgerinnen und Bürger sowie Bedürfnisgruppen ansprechen wie z.B. Schulsozialarbeit, Schulinformatik, Bereich Personal (Pensionskasse), Höchhus, Allwetterplatz etc.

Steuern werden in Franken bezahlt und nicht in Steueranlage. Das Jahr 2011 bringt, je nach Entscheidung, nicht nur eine mehr oder weniger hohe Steuersenkung (Gemeindesteueranlage) mit sich. Das nächste Jahr bringt ebenso mit sich, dass die Gemeindesteuern zusätzlich sinken werden, weil der Kanton den Tarif mit Wirkung ab 2011 geändert hat. Dies macht im Durchschnitt 0,7 Steueranlagezehntel auf die Steuerlast der Bürgerinnen und Bürger von Steffisburg aus.

Folgendes Rechnungsbeispiel zeigt, was die Senkungsschritte in den Jahren 2009 auf 2010 und 2010 auf 2011 bei einer Person, welche Fr. 5'000.00 Gemeindesteuern bezahlt, ausmachen würde:

Vom Jahr 2009 auf 2010: Steueranlagesenkung von vier Hundertstel – Die Person bezahlt rund Fr. 120.00 weniger Gemeindesteuern.

Vom Jahr 2010 auf 2011: Nebst der vorgeschlagenen Steueranlagesenkung von zwei Hundertstel wird der tiefer gesetzte Tarif des Kantons wirksam, welcher auch die Gemeindesteuern und nicht nur die Kantonssteuern beeinflusst, d.h. von 0,7 Zehntel auf total 0,9 Zehntel, ausmachend 5,52 % - Die Person mit Gemeindesteuerbasis (2009) Fr. 5'000.00 bezahlt Fr. 270.00 weniger Gemeindesteuern.

Die Jahre 2009 bis 2011 zusammen gezählt machen steuersenkungsmässig 7,74 % oder knapp Fr. 400.00 Gemeindesteuern aus (Person mit Gemeindesteuerbasis 2009 Fr. 5'000.00).

Wenn der einzelne Bürger weniger Steuern bezahlt, nimmt die Gemeinde somit weniger Steuern ein.

Wird auf der relevanten Basis der natürlichen Personen mit einem Steueraufkommen von rund 25,85 Millionen Franken (Jahr 2009) ausgegangen, heisst dies auf dieser Basis eine Reduktion um 7,75 %, ausmachend im Jahr 2011 rund 2 Millionen Franken weniger Steuerereinnahmen.

Stephan Spycher dankt Ulrich Berger für die nachstehende Zusammenstellung vom 19.8.2010:

Ulrich Berger, SVP-Fraktion

#### Entwicklung Budget – Ergebnis, Gemeinde Steffisburg 2000 – 2009

Jahr	Budget	Ergebnis	Differenz
2000	- 1'181'300.--	0	1'181'300.--
2001	-1'683'500.--	0	1'683'500.--
2002	-544'000.--	39'526.22	583'526.22
2003	0	2'506'304.21	2'506'304.21
2004	0	- 316'869.78	-316'869.78
2005	-1'410'900.--	716'559.55	2'127'459.55
2006	-1'653'800.--	909'112.08	2'562'912.08
2007	202'000.--	4'412'199.01	4'210'199.01
2008	- 1'276'900.--	2'477'371.14	3'754'271.14
<b>Total</b>	<b>- 7'548'400.--</b>	<b>10'744'202.43</b>	<b>18'292'602.43</b>
<b>Durchschnitt 2000 - 2008</b>			<b>2'032'511.38</b>
2009	354'750.--	7'716'931.13	7'362'181.13
<b>Total</b>	<b>- 7'193'650.--</b>	<b>18'461'133.56</b>	<b>25'654'783.56</b>
<b>Durchschnitt 2000 - 2009</b>			<b>2'565'478.35</b>

Fazit der letzten 10 Jahre:

- **aus den pessimistisch erstellten Budgets resultierten in 9 Jahren positive Ergebnisse**
- **die Gesamtdifferenz ist mit 25,6 Mio. massiv**
- **im Durchschnitt beträgt diese Differenz 2,5 Mio. pro Jahr, was mehr als einem Steuerzehntel von 1,9 Mio. entspricht**

Stephan Spycher nimmt zu vorstehender Tabelle wie folgt Stellung:

Bei seinen Berechnungen weist er aus, dass in den Jahren 2000 bis 2008 Überschüsse im Durchschnitt von 2 Millionen Franken gemacht wurden. Voraussichtlich können im Jahr 2011 (Basis 2009) rund 2 Millionen Franken weniger Steuern eingenommen werden, so entspricht die Berechnung von Ulrich Berger etwa dem, was die Gemeinde in diesem Sinne zuviel „verdient“ hat.

Aus einer Steueranlage von 1,54, wie in der Motion gefordert wird, würde eine zusätzliche Differenz von 0,8 Steuerzehntel resultieren, was rund 1,2 Millionen (auf Basis 2009) weniger Steuereinnahmen zur Folge hätte.

Eigentlich könnte gesagt werden, dass es gut ist, was zusammen erreicht wurde, so Stephan Spycher. Wenn alles zusammen gezählt wird, resultiert schlussendlich eine Steuersenkung in der Höhe von rund 1,4 Steuerzehnteln innerhalb von zwei Jahren (über Tarif und Steueranlage). Dies bedeutet ebenso, dass die durch den Gemeinderat beantragten 0,2 Steuerzehntel und die 0,7 Steuerzehntel des Kantons (Tarif) schlussendlich die geforderte Steuersenkung der SVP um einen Steuerzehntel erreicht wird (Jahr 2010/2011). Wird dem Antrag des Gemeinderates gefolgt, wird das Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger von Steffisburg mit rund einem Steuerzehntel weniger belastet sein.

Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass es im heutigen Zeitpunkt nicht möglich ist, die Steuern noch weiter zu senken, ohne später schmerzhaft Massnahmen ergreifen zu müssen. In der Tabelle auf Seite 9 (GGR-Kommentare) wird aufgezeigt, dass bei einer Steueranlage von 1,54 damit gerechnet werden müsste, dass das Eigenkapital bis Ende 2015 praktisch aufgebraucht wäre.

Aus all genannten Gründen stellt der Gemeinderat dem Grossen Gemeinderat den Antrag, die Motion der SVP abzulehnen.

#### Stellungnahme AGPK

Der Präsident, Lukas Gyger, teilt mit, dass die Mitglieder der AGPK dem Antrag des Gemeinderates mit 5 zu 0 Stimmen zugestimmt haben.

#### Diskussion

Erstunterzeichner, Ulrich Berger, teilt mit, dass sich die SVP-Fraktion mit der Höhe einer möglichen Steuersenkung grundsätzlich nicht zufrieden gibt. Er bezieht sich auf die vorstehende Tabelle „Entwicklung Budget – Ergebnis, Gemeinde Steffisburg 2000 – 2009“, erläutert diese und hebt das Fazit der letzten Jahre hervor.

Auf der nachstehenden Tabelle „Vergleich Finanzsituation Steffisburg mit zufällig ausgewählten Gemeinden per Ende 2009“, datiert vom 17.8.2010, stellt Ulrich Berger möglichst gleich grosse Gemeinden gegenüber und verweist auf das Fazit.

Ulrich Berger, SVP-Fraktion

#### **Vergleich Finanzsituation Steffisburg mit zufällig ausgewählten Gemeinden per Ende 2009**

<b>Gemeinde</b>	<b>Steueranlage</b>	<b>Schulden Mio.</b>	<b>Eigenkapital Mio.</b>
Burgdorf	1,63	67,5	6,5
Ostermundigen	1,65	63	15,1
Langenthal	1,48	47,8	120
Spiez	1,67	35	7,3
Steffisburg	1,68	31,8	18,4

**Fazit:**

- Steffisburg hat die höchste Steueranlage
- Steffisburg hat am wenigsten Schulden
- neben Langenthal hat Steffisburg am meisten Eigenkapital

Ulrich Berger stellt fest, dass in den letzten zehn Jahren bezüglich der Entwicklung Budget – Ergebnis eine gleiche Tendenz herrschte. Will die Situation 2010 verstanden werden, so ist es wichtig, dass man die Geschichte der Finanzsituation von Steffisburg versteht. Wenn die Geschichte verstanden wird, so versteht man auch die heutige Situation. Er hebt hervor, dass der Gemeinderat seine Aufgabe ernst nimmt und die Finanzen pflegt und laufend Investitionen tätigt. Dies stellt Ulrich Berger absolut nicht zur Diskussion. Überraschungen und Unvorhergesehenes hat es in den letzten zehn Jahren immer wieder gegeben. Immer wurde die Vorsicht in den Vordergrund gestellt. Die Geschichte zeigt aber das Gegenteil. Bezüglich der Gegenüberstellung der Finanzsituation mit anderen vergleichbaren Gemeinden stellt er die Frage in den Raum, weshalb von diesen aufgelisteten Gemeinden Steffisburg die Beste sein muss. Ein weiterer Aspekt ist die Thematik bezüglich dem Kanton. Unbestritten ist, dass es eine finanzielle Entlastung geben wird. Wie genau die Entlastung aussehen wird, ist zum Teil noch Gegenstand von Verhandlungen. Die SVP-Fraktion ist der Auffassung, dass die 1,3 Steuerzehntel, welche die Gemeinde- und Kantonssteuerentlastung mit sich bringt, so dargestellt werden kann, aus ihrer Sicht aber nicht korrekt ist. Jede Gemeinde kommt in den Genuss der Entlastung des Kantons. Deshalb entspricht dieser Vergleich nicht den Vorstellungen der Motionäre. Eine Lösung auf Kantonsebene könnte sein, dass ein Steuerrabatt eingeführt würde. In der Motion wird nicht festgehalten wie lange diese Steuersenkung gelten soll. Bei Bedarf sollen die Steuern wieder erhöht werden können. Das Bürgerinnen und Bürger müssten entsprechend informiert werden. Explizit sagt Ulrich Berger, dass die SVP geschlossen hinter dieser Aussage steht, d.h. dass die Steuern im Bedarfsfall wieder erhöht werden können. Die SVP-Fraktion erwartet vom Gemeinderat bezüglich dieser Thematik mehr Flexibilität für ihr Anliegen. Der Grosse Gemeinderat hat das Volk zu vertreten. Deshalb setzt sich die SVP dafür ein, dass die Bürgerinnen und Bürger von Steffisburg von der guten finanziellen Situation entsprechend profitieren können und etwas zurück erhalten. Er bittet die Mitglieder des Grossen Gemeinderates, das Anliegen der SVP zu unterstützen.

Beat Wegmann (FDP) sagt, dass man sich alles wünschen, fordern aber nicht alles haben kann. Grundsätzlich ist die FDP ebenso dafür, die Steuern zu senken und dass Steffisburg im Steuerwettbewerb in der Gegend vorne mithalten kann. Diesbezüglich wurde etwas erreicht und die Steuern werden weiter sinken. Bei allem geht es darum, dass ein ausgewogenes Mass gefunden werden kann. Bei den Vorhaben, über welche noch diskutiert wird und bei der Finanzplanung, wo die Mitglieder der Finanzkommission Einblick erhalten haben, zeigt sich klar, dass das Wünschbare vom Machbaren zu trennen ist. Mit einer zusätzlichen Steuersenkung wäre das Fuder eindeutig überladen. Es ist an der Zeit einen Marschhalt einzulegen. Die FDP-Fraktion ist klar dafür, diesen Marschhalt zu tun. Sie plädiert für eine nachhaltige Politik und ist in diesem Sinne klar gegen diese Motion. Sollte es bezüglich der Finanzplanung in zwei bis drei Jahren anders aussehen, ist die FDP gerne bereit, wieder über eine Steuersenkung zu diskutieren.

Peter Jordi teilt mit, dass sich die SP-Fraktion nicht generell gegen eine Steuersenkung stellt, wenn dabei der Handlungsspielraum der Gemeinde nicht stark eingeschränkt wird. Ebenso stellt sie sich nicht gegen eine Senkung, wenn sie sinnvoll und schlussendlich wirkungsvoll und nachhaltig ist. Die Erläuterungen des Gemeinderates sind für die SP-Fraktion einleuchtend. Eine Steuersenkung um einen Steuerzehntel, wie von der SVP gefordert wird, würde diesen Handlungsspielraum massiv einschränken. Alle Massnahmen, welche in den letzten Jahren zur Schuldensenkung getroffen wurden, würden wieder zunichte gemacht. Es ist populär, in einem Wahljahr eine Steuersenkung zu fordern. Für die SP-Fraktion wäre eine Steuersenkung geradezu unlässig und unverantwortlich, die Steuern so massiv kürzen zu wollen. Eine Steuersenkung zu fordern ist einfach. Weniger einfach ist die Auflistung, auf was künftig verzichtet werden will wie z.B. keine Sanierung von Strassen, Verzicht auf verschiedene Investitionen etc. Auch wenn Ulrich Berger im Namen seiner Parteikolleginnen und Parteikollegen versprochen hat, die Steuern im Bedarfsfall wieder zu erhöhen, glaubt er den SVP-Mitgliedern sofort. Peter Jordi fragt sich jedoch, ob zu diesem Zeitpunkt noch alle aktuellen SVP-Mitglieder im Rat sein werden. Ob sich die entsprechenden Nachfolgerinnen und Nachfolger daran halten würden, bezweifelt er. Grundsätzlich ist zu sagen, dass das Volk eine Steuersenkung problemlos annehmen würde, eine Steuererhöhung hingegen nicht. Die SP-Fraktion wird gegen die Motion stimmen und folgt somit dem Antrag des Gemeinderates.

Lukas Gyger der EVP/EDU-Fraktion schliesst sich den Voten der Vorredner weitgehend an. Die Fraktion ist gegen die Senkung der Steuern, so wie sie die SVP fordert. Diese Forderung geht zu weit und sprengt den Rahmen. Nicht zuletzt wegen den Unsicherheiten, welche noch herrschen wie z.B. FILAG, HarmoS etc. Zudem ist es das Ziel, weiterhin gute Kennzahlen in den Jahresabschlüssen zu präsentieren. Nichts desto trotz würde die Fraktion eine Steuersenkung unterstützen, wenn dies der Handlungsspielraum zulassen würde. Die Fraktion unterstützt eine nachhaltige Finanzpolitik. Die EVP/EDU-Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates und wird gegen das Anliegen der SVP-Fraktion stimmen.

Hans-Ulrich Grossniklaus der SVP-Fraktion meint, dass er seine Ausführungen unter den Titel „Fast alle Jahre wieder“ stellen könnte. Der Gemeinderat will ganz sicher auf der sicheren Seite stehen, was ihm auch nachvollziehbar erscheint. Diese Haltung scheint der SVP-Fraktion etwas pessimistisch und zögerlich. Es ist daher Sache des Parlaments, diesbezüglich voranzugehen. Er bezweifelt, dass ohne den immer währenden Druck, vor allem von der SVP, hin und wieder auch von der FDP, die Finanzsituation von Steffisburg so weit wäre wie sie heute ist. Die Zukunft wurde immer schwarz gemalt, jedoch ist eine solche Situation nie eingetroffen.

Vier Vorredner sprachen von Nachhaltigkeit. Es soll ihm jemand erklären, was mit dieser Nachhaltigkeit gemeint ist. Jeder hat es ein bisschen anders interpretiert. Er bittet die Ratsmitglieder, über den Schatten zu springen und die geforderte Steuersenkung zu unterstützen.

Thomas Schweizer ist der Ansicht, einen weiteren Punkt in Blick zu nehmen. Wer in den letzten drei Wochen die wirtschaftliche Situation medial verfolgte, ist den Eindruck nicht los geworden, dass die Konjunktur instabil ist. Mit einer neuen Rezession muss gerechnet werden. Mit einem Blick auf eine Rezession ist Steffisburg mitbetroffen, da es Betriebe gibt, welche exportieren. Deshalb macht es Sinn, eine defensive Politik zu betreiben. Daher ist er der Meinung, dass es für eine massive Steuersenkung nicht der richtige Zeitpunkt ist. Die moderate Senkung gemäss Antrag des Gemeinderates kann er hingegen unterstützen.

#### Schlusswort

Stephan Spycher, Departementsvorsteher Finanzen, dankt für die allseitigen Argumentationen. Er hält fest, dass eine Steuersenkung nicht nur auf Druck der SVP bzw. der FDP zustanden gekommen ist. Letztes Jahr hat der Gemeinderat von sich aus eine Senkung beantragt. Wenn der Antrag des Gemeinderates gutgeheissen wird, so konnten innert zwei Jahren die Steuern anlagemässig um 0,6 Steuerzehntel gesenkt werden. Hinzu kommt die Senkung des Kantontarifs.

Der Gemeinderat hat klar den sicheren Weg zu beschreiten. Das ist der Auftrag, welchen er vom Volk hat. Das Parlament hat diesbezüglich einen anderen Auftrag des Volkes. Deshalb werden die Karten auf den Tisch gelegt, darüber diskutiert und anschliessend entschieden – das ist gelebte Demokratie.

Zum Gemeindevergleich: Sollten Spiez und Ostermundigen nicht deutlich Steuern senken, wird Steffisburg im 2011 vor ihnen sein, so Stephan Spycher. Zudem ist nicht ausgeschlossen, dass die Steuern in den kommenden Jahren in kleinen Schritten weiter gesenkt werden können. Unweigerlich gab es Überraschungen in den letzten zehn Jahren – glücklicherweise aber auf der Einnahmenseite. Die Ausgabenseite konnte immer sehr genau im Griff gehalten werden. Wie Thomas Schweizer sagte, ziehen in Bezug auf die Konjunktur einige Wolken am Himmel auf. Wird ein Blick auf die Vergangenheit geworfen, kann festgestellt werden, dass der Himmel lange mit Geigen und Flöten behangen war. Dies führte zu deutlich mehr Steuereinnahmen als angenommen wurde – obschon immer eine seriöse Planung voraus geht. Es ist absolut nicht die Idee des Gemeinderates, pessimistisch zu planen. Was die Entlastungen durch den Tarif anbelangt, ist er anderer Meinung. Diese sind nicht mehr Gegenstand von Diskussionen. Gegenstand von Diskussionen ist FILAG. Die Tarifsenkung wurde letzten Frühling durch den Grossen Rat beschlossen. Diesbezüglich ist höchstens die Frage, ob durch ein Referendum eine Veränderung erwirkt werden kann. Richtig ist, dass diese Tarifsenkung bei jeder Gemeinde im Kanton grundsätzlich eine Wirkung hat. Die Frage ist jedoch, ob jede Gemeinde, diese mit der gleichen Steueranlage verkräften kann. Dies wird sich zeigen. Die Gemeinden, welche früh angefangen haben ihre Hausaufgaben zu machen wie z.B. Heimberg und Uetendorf (deutlich früher als Steffisburg) und die Gemeindefinanzen in Ordnung gebracht haben, werden diese Tarifsenkung verkräften. Thun wird diese verkräften müssen. Die Stadt hat viele stille Reserven in

Unterhaltskassen. Seine Prognose ist diesbezüglich, dass die Schulden in Thun zunehmen werden. Schulden von heute sind Steuern von Morgen.

Aus diesen Gründen ist der Gemeinderat weiterhin der Auffassung, dass eine massvolle Steuersenkung angebracht ist. Hingegen ist eine Steuersenkung um einen Steuerzehntel momentan nicht tragbar. Er appelliert eindringlich an alle Ratsmitglieder mitzuhelfen, Mass halten zu können, dafür aber steuermässig geradeaus und kontinuierlich eine Senkung in Betracht zu ziehen. Ein dauerndes Auf und Ab der Steuern hat gegen aussen eine schlechte Signalwirkung. Für Auswärtige ist eine solche Gemeinde nicht berechenbar. Es ist besser, das Ziel in kleinen Schritten statt in einem grossen Schritt zu erreichen. Er hält fest, dass der Gemeinderat nicht grundsätzlich gegen die Ideen der SVP ist, nur die Art und Weise und die zeitlichen Verhältnisse stimmen nicht überein.

### **Schlussabstimmung**

Mit 21 zu 9 Stimmen fasst der Rat folgenden

#### **Beschluss**

1. Die Motion der SVP-Fraktion betr. „Steuersenkung ab 2011“ (2010/07) wird abgelehnt.
2. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
3. Eröffnung an:
  - Stephan Spycher, Departementsvorsteher Finanzen
  - Finanzen
  - Präsidiales, Sekretariat GGR (10.061.001)

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab 5. Oktober 2010, in Kraft.

## **54 10.061.001 Motionen**

### **Motion der SP-Fraktion betr. „Keine Geschäfte mit Finanzinstituten mit Boni-Exzessen“ (2010/14); Behandlung**

#### **Inhalt des Vorstosses**

Die SP-Fraktion hat an der GGR-Sitzung vom 18. Juni 2010 eine Motion mit folgendem Wortlaut eingereicht: *„Der Gemeinderat wird beauftragt, ein Reglement zu erstellen, das Kriterien festlegt, die Finanzinstitute erfüllen müssen, damit sie als Geschäftspartner für Finanzgeschäfte der Gemeinde Steffisburg in Frage kommen.“*

Die Begründung zu diesem Antrag ist dem Motionstext zu entnehmen.

Der Gemeinderat hat die Motion am 28. Juni 2010 der Abteilung Finanzen zur Stellungnahme überwiesen.

#### **Stellungnahme Gemeinderat**

Die Stellungnahme zum Begehren lässt sich in einen formellen Teil, einen materiellen Teil und einen Teil der praktischen Relevanz aufteilen.

#### **Formeller Teil**

Die Gemeindeordnung (GO) ist die „Verfassung“, das oberste Grundgesetz von Steffisburg. Sie regelt die Zuständigkeit der Behörden. Diese Zuständigkeitsordnungen können nicht mit einem Reglement, sondern nur mit einer Revision der Gemeindeordnung abgeändert werden. Gemäss Art. 58 Abs. 1 lit. f und g GO ist der Gemeinderat zuständig für die Anlagen des Finanzvermögens und die Fremdmittelbeschaffung. Die Motion greift in diese Zuständigkeit ein bzw. das auf der Grundlage die-

ser Motion zu schaffende Reglement soll in diese Zuständigkeit eingreifen. Beides ist, wie gesagt, nicht zulässig. Die Motion ist daher aus formellen Gründen abzulehnen.

## **Materieller Teil**

In materieller Hinsicht stellt sich eine Vielzahl von äusserst heikler Fragen, welche eine sachliche Regelung als sehr schwierig bzw. als unmöglich erscheinen lassen. Einige dieser Fragen werden nachfolgend angesprochen, ohne dass dazu eine (abschliessende) Antwort gegeben werden kann.

1. Der Gemeinderat unterstützt absurde Boni nicht. Das Thema ist vielschichtig. Es ist kaum reglementierbar. Vor allem aber sprechen wir nicht von einem kommunalen Thema, sondern von einem auf Bundesebene zu regelnden Thema. Es ist davon auszugehen, dass die Finanzinstitute gewisse Angaben aus rechtlichen Gründen nicht machen dürfen. Die Einhaltung der geforderten Kriterien könnte die Gemeinde niemals kontrollieren. Das Reglement könnte nicht angewendet werden.
2. Sind überrissene Boni oder sind überrissene Einkommen zu ächten? Fällt diejenige Bank, die dem Topkader ein Einkommen von Fr. 3'000'000.00 und einen Bonus von Fr. 7'000'000.00 ausrichtet ausser Traktanden? Dürfen dafür mit derjenigen Bank, die dem Topkader ein Einkommen von Fr. 10'000'000.00, aber keinen Bonus ausrichtet, Geschäfte abgeschlossen werden? Ist ein Bonus von Fr. 50'000.00 überrissen, wenn die Bank Verluste schreibt? Ist ein Bonus von Fr. 1'000'000.00 angemessen, wenn die Bank ein Rekordergebnis erzielt hat? Bezieht sich die Motion (die Begründung deutet darauf hin) nur auf Grossbanken oder bezieht sich die Motion auf alle Banken? Dürfen mit der Berner Kantonalbank, der Valiant, der Raiffeisenbank oder der AEK BANK 1826 Genossenschaft noch Geschäftsbeziehungen aufrecht erhalten werden? Was ist mit der Postfinance, welche keinen Bankenstatus hat?
3. Kann es nur um Banken und Finanzgeschäfte gehen? Oder müssen alle Unternehmen und alle Geschäftstätigkeiten in Betracht gezogen werden? Wie verhält es sich dabei mit der Rechtsgleichheit? Wie verhält es sich mit der Wettbewerbsordnung und der Submissionsordnung? Darf die Gemeinde den günstigsten Wettbewerber aufgrund von „Boni-Kriterien“ vom Geschäft ausschliessen? Sind die Bürgerinnen und Bürger (als Steuerzahlende) von Steffisburg bereit, die sich daraus ergebenden Mehrkosten zu tragen? Muss die Verwaltung bei der Vergabe von Aufträgen prüfen, ob das wirtschaftlich günstige Angebot eine Geschäftsbeziehung zu einer Grossbank pflegt? Müssten wir kontrollieren, ob sich diese Firma auch in anderer Hinsicht ethisch korrekt verhält?
4. Da aufgrund des Rechtsgleichheitsgebots wahrscheinlich nicht nur Banken und Finanzgeschäfte, sondern alle Unternehmungen und alle Geschäftstätigkeiten in die Regelung einbezogen werden müssen: Darf die Gemeinde noch Computer von HP, Dell oder Lenovo kaufen? Darf die Gemeinde in der Kantine noch Glaceprodukte von Nestle anbieten? Ist es zulässig, dass wir die Swisscom, Sunrise oder Orange als Telefonprovider haben? Dürfen wir mit der Zurich, der AXA Winterthur, der Mobiliar, der Basler usw. noch Versicherungen abschliessen? Dürfen wir unseren Strom, via NetZulg, noch von der BKW, der Axpo, der EdF usw. beziehen? Dürfen wir noch Generalabonnemente der SBB führen? Dürfen wir unsere Briefe noch mit der Schweizer Post, die Pakete noch mit DHL oder FedExpedieren?
5. Was sagen wir zu den Mitarbeitenden solcher vom Geschäft ausgeschlossener Unternehmen? Wie erklären wir Bürgerinnen und Bürgern von Steffisburg, die bei solchen Unternehmen arbeiten, dass wir gerne ihren Steuerfranken einkassieren, ihnen jedoch die Arbeit wegnehmen, indem wir ihren Arbeitgeber vom Geschäft ausschliessen? Wie verhalten wir uns, wenn die regionalen Geschäftsstellen dieser Unternehmen vernünftige Einkommen bezahlen? Wie wissen wir überhaupt, was vernünftig ist und was nicht? Und wie wissen wir überhaupt (falls wir nicht den Geschäftsbericht einer börsenkotierten Unternehmung einsehen können), welche Einkommen (und Boni) bezahlt werden?

## **Praktische Relevanz**

Die Gemeinderechnung gibt im Detail nicht Auskunft über die Gläubiger der Gemeinde Steffisburg. Im Bereich der mittel- und langfristigen Schulden führen wir noch ein – bereits vor vielen Jahren – mit

einer Schweizerischen Versicherungsgesellschaft abgeschlossenes Darlehen. Unsere sonstigen Darlehensgeber setzen sich aus öffentlich-rechtlichen Anstalten und regional bzw. kantonal tätigen Finanzdienstleistungsunternehmen zusammen. Für die Fremdmittelbeschaffung ist in erster Linie der Zinssatz entscheidend. Alles andere ist angesichts der finanziellen Folgen für die Steuerzahlenden kaum zu verantworten.

Ferner haben wir bei diversen Instituten Kontokorrent-Kreditlimiten. Eine solche Limite gewährt uns auch eine Grossbank. Diese Bank bietet uns – als derzeit einziges Institut – die Möglichkeit, zur Liquiditätsbeschaffung einen grösseren Millionenbetrag auch kurzfristig beziehen zu können (z.B. um höhere, fällige Lastenausgleichszahlungen an den Kanton zu begleichen). Diese Kreditlimite ist angesichts der Liquidität und der veränderten Zahlungsströme seit längerer Zeit ungenutzt geblieben.

Angesichts der Gläubigerstruktur der Gemeinde Steffisburg hat die Motion kaum praktische Relevanz, könnte der Gemeinde jedoch – im Fall eines heute unerwarteten, grösseren Liquiditätsbedarfs – echte Schwierigkeiten bei der kurzfristigen Liquiditätsbeschaffung bereiten.

### **Zusammenfassung**

Die Motion ist aus formellen Gründen abzulehnen. Wie vorstehend dargelegt, wäre die Motion aber auch in materieller Hinsicht nicht umsetzbar.

Dies bedeutet nicht, dass dem Gemeinderat das Geschäftsgebaren seiner Geschäftspartner egal ist. Der Gemeinderat fühlt sich beim Eingehen von Geschäften (auch) der Geschäftsethik verpflichtet. Soweit die Möglichkeit besteht, wird der Gemeinderat den Abschluss von Geschäften mit ethisch handelnden Partnern bevorzugen.

Der Gemeinderat ist der festen Überzeugung, dass die immer mehr auseinander klaffende Einkommensschere den Zusammenhalt unserer Willensnation Schweiz gefährdet. Der Gemeinderat ist aber auch der Überzeugung, dass Lösungen zu dieser Problematik nicht auf Gemeindeebene, sondern auf Bundesebene zu suchen sind und dass die Lösungen primär in der Stärkung der privaten Selbstverantwortung (d.h. der Stärkung der Aktionärsrechte) und nur sekundär in (sonstigen) staatlichen Regulierungen zu finden sind.

### **Behandlung**

Stephan Spycher, Departementsvorsteher Finanzen, erläutert den vorstehenden Bericht und nimmt ergänzend wie folgt Stellung: Vorab teilt er mit, dass die Angelegenheit in keiner Weise ins Lächerliche gezogen werden wollte. Falls dies so empfunden wurde, entschuldigt er sich dafür. Der Gemeinderat wollte mit der Stellungnahme aufzeigen, was für Schwierigkeiten eine Regulierung mit sich bringen würde. Der Gemeinderat hat nicht nur Verständnis für das Grundanliegen der Motion, sondern stimmt diesem Grundanliegen in diesem Sinne auch zu. Er ist klar der Auffassung, dass es in diesem Land nicht nur Boni, sondern auch Einkommensdifferenzen gibt, welche schlicht nicht erklärbar sind. Der Gemeinderat ist auch der Meinung, dass solche Gegebenheiten der Schweiz und schlussendlich der Gesellschaft schaden. Werden die exzessiven Einkommen angesprochen, handelt es sich glücklicherweise um eine sehr kleine Minderheit. Eine grosse Mehrheit in den Top-Kader ist sich bewusst, was Mass halten bedeutet. Stephan Spycher untermalt, dass es bei den Personen, welche im Vorstoss angesprochen werden, nicht um Unternehmener und Inhaber handelt. Denn diese wissen, was sich gehört. Vielmehr werden dabei Manager angesprochen, welche sich am Topf, den sie treuhänderisch verwalten sollten, selber bedienen. Selbstverständlich kann im Einzelfall, je nach spezieller Situation, ein hoher Lohn bzw. ein hoher Bonus sachgerecht sein. Regelmässige Einkommen in zweistelliger Millionenhöhe sind aber schlicht nicht erklärbar.

Die Motion wird in einem formellen und in einem materiellen Teil erläutert. Das Parlament hat nicht die Kompetenz, eine entsprechende Regulierung zu verlangen. Wennschon müsste die Gemeindeordnung angepasst und Kompetenzen anders geregelt werden.

Im materiellen Teil zeigt der Gemeinderat auf, welche Schwierigkeiten diese Regulierung mit sich bringen würde. Die Rechtsgleichheit ist eines der obersten Gebote in unserem Land. Rechtsgleichheit würde auch heissen, dass nicht nur über Banken diskutiert werden dürfte, sondern es müsste dabei auch die Gesamtwirtschaft angesprochen werden. Zudem müsste definiert werden, was sachgerecht ist und was nicht. Schlussendlich, auch wenn der Gemeinderat die Motion zur Ablehnung

empfohlen hat, hebt Stephan Spycher abschliessend hervor, dass sich der Gemeinderat beim Eingehen von Geschäften der Geschäftsethik verpflichtet. Er bittet um entsprechendes Vertrauen.

### Diskussion

Erstunterzeichner, Peter Jordi, nimmt zur Kenntnis, dass der Grosse Gemeinderat einmal mehr für solche politische Entscheide nicht verantwortlich ist. Bei der Stellungnahme des Gemeinderates kam er sich schon etwas vor wie einem kleinen Buben die grosse, weite Welt erklärt wird. Er dankt dem Gemeinderat für die äusserst umfassende Analyse im materiellen Bereich. Die materielle Analyse schiesst in gewissen Sachen über das Ziel hinaus, vor allem in Bezug auf die Punkte 3 bis 5. Diese Punkte haben mit dem Motionstext nichts zu tun. Peter Jordi weist darauf hin, dass vor allem die Grossbanken in der Schweiz, vorab die UBS, schlussendlich für die Finanz- und Wirtschaftskrise verantwortlich waren und nicht die Unternehmungen. Bei dieser Motion geht es darum, ein Zeichen zu setzen, nicht weniger und nicht mehr. Es geht dabei um ethische Grundsätze. Er habe das entsprechende Vertrauen in den Gemeinderat, dass er diesen ethischen Grundsätze nachlebt. Die SP-Fraktion hält nach wie vor an der Motion fest. Randbemerkung von Peter Jordi: Es ist der einzige Vorstosse heute Abend, welcher kein Geld kostet.

Beat Wegmann (FDP) sagt, dass die Forderung der Motionäre verständlich und nachvollziehbar ist. Auch für die FDP-Fraktion sind diese Lohn- und Bonixzesse stossend. Natürlich könnte man bezüglich dieser Lohnspannbreiten, d.h. die Spannweite des tiefsten und des höchsten Lohnes, ein Verhältnis darstellen. Nach Praxis ist ein Verhältnis von 1 zu 20 einigermassen vernünftig. Aber wenn diese Praxis für ein Schweizer Unternehmen gut ist, ist es auf den internationalen Markt nicht übertragbar und kann nicht mehr als Grundmassstab dienen. Der Gemeinderat gibt in seiner Stellungnahme ein paar Beweggründe, weshalb die Motion formell und materiell abzulehnen ist. Dazu hält er fest, dass mit der Annahme dieser Motion, auch Bürger und Steuerzahlende gestraft werden, welche hier wohnen und seriöse und ehrliche Arbeit leisten – eben vielleicht bei einer Grossbank. Mit dieser Motion werden nicht die Profiteure des ganzen Systems getroffen. Zudem müsste man die Angelegenheit auf das Ganze, d.h. auch auf andere Branchen ausdehnen, was leider nicht möglich ist. Aber mindestens müssten die Motionäre so ehrlich sein und auf den Kauf von Medikamenten von Novartis oder Roche verzichten, da dort die Lohnspannbreite 1 zu 643 beträgt bzw. 1 zu 419. Ebenso müssten sie Nestle-Produkte nicht mehr konsumieren, denn bei diesem Unternehmen ist die Lohnspannbreite 1 zu 390. Was anfänglich verständlich tönt, ist in der Umsetzung nicht einfach und auch nicht zu unterstützen. Der FDP-Fraktion ist es wichtig, dass sich der Gemeinderat der Geschäftsethik verpflichtet fühlt und dass ethische handelnde Partner bevorzugt werden. Aus den genannten Gründen lehnt die FDP-Fraktion die Motion ab.

Ulrich Berger gibt namens der SVP-Fraktion bekannt, dass sie ebenso gegen Boni-Exzesse ist. Sie ist jedoch der Auffassung, dass die Politik eine Lösung suchen und finden muss, und zwar weltweit. Die SVP-Fraktion wird das Anliegen der SP-Fraktion unterstützen. Sie wertet aber die Stellungnahme des Gemeinderates jedoch höher und wird deshalb die Motion ablehnen.

Samuel Wäfler (EVP/EDU-Fraktion) zeigt sich dankbar, dass Stephan Spycher die Ethik in den mündlichen Ausführungen erwähnte. Die Fraktion hat diesen Aspekt in der Stellungnahme des Gemeinderates vermisst. Der formelle Teil ist für die Fraktion einigermassen nachvollziehbar. Einige Punkte daraus könnten aus ihrer Sicht umgesetzt werden. Beim materiellen Teil hat es viele heikle Fragen ohne abschliessende Antworten. Für die EVP/EDU-Fraktion ist es verständlich, dass diese Angelegenheit nicht reglementierbar ist. Es braucht Entscheide mit Herz und Zivilcourage. Die Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates und wird die Motion ablehnen.

Hans-Ulrich Grossniklaus bezieht sich auf das Votum von Peter Jordi und stellt fest, dass es oft vorkommt, dass Vieles, was aus dem Parlament kommt, aus formellen Gründen oder aus fehlender Zuständigkeit schlussendlich abgelehnt wird. Die Arbeit in den Fraktionen wird somit nichtig. Zudem generieren solche Geschäfte dem Gemeinderat und der Verwaltung viel Arbeit. Diese Gelegenheit sollte überdacht werden, um dem Parlament wieder mehr Einfluss und Kompetenz zu geben.

Martin Erb (SP) empfindet diese vorangehende Diskussion wie bei den eidgenössischen Räten: alle sagen, dass sie gegen Boni-Exzesse sind und wenn es darauf ankommt, ändert sich doch nichts.

## Schlusswort

Die Diskussion zeigte, dass die Haltung des Grossen Gemeinderates grundsätzlich derer des Gemeinderates entspricht, so Stephan Spycher.

## Abstimmung über die Ablehnung der Motion aus formellen wie auch aus materiellen Gründen

Mit 21 zu 9 Stimmen wird die Motion abgelehnt.

Somit fasst der Rat folgenden

### **Beschluss**

1. Die Motion der SP-Fraktion betr. „Keine Geschäfte mit Finanzinstituten mit Boni-Exzessen“ (2010/14) wird sowohl aus formellen wie auch aus materiellen Gründen abgelehnt.
2. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
3. Eröffnung an:
  - Stephan Spycher, Departementsvorsteher Finanzen
  - Finanzen
  - Präsidiales, Sekretariat GGR (10.061.001)

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab 5. Oktober 2010, in Kraft.

## **55 10.061.001 Motionen**

### **Motion der SVP-Fraktion betr. „Sofortige Planung und Realisierung eines Allwetterplatzes“ (2010/08); Behandlung**

#### **Inhalt des Vorstosses**

Die SVP-Fraktion hat an der GGR-Sitzung vom 29. April 2010 eine Motion mit folgendem Wortlaut eingereicht: „Die Projektierung und Realisierung eines Allwetterplatzes ist sofort auszulösen.“

Die Motion wurde an der GR-Sitzung vom 17. Mai 2010 der Abteilung Hochbau/Planung zur Stellungnahme zugewiesen.

#### **Stellungnahme Gemeinderat**

Ziel des Allwetterplatzes soll sein die vorhandenen Naturrasenspielfelder zu entlasten oder allenfalls durch den Umbau eines Naturrasenspielfeldes zu einem Kunstrasenspielfeld die Nutzung zu erhöhen. Somit ist davon auszugehen, dass als Allwetterplatz ein Kunstrasenspielfeld gemeint ist, im Wissen, dass dieses nicht für alle Sportarten geeignet sein wird (vgl. Beantwortung Postulat der EVP/EDU-Fraktion betreffend „Neugestaltung Fussballplatz Zelg“ (2009/25) vom 22. Januar 2010).

Heute stehen den Ballsportvereinen drei Rasenspielfelder zur Verfügung. Keiner dieser Plätze kann die geforderten Minimalmasse aufweisen. Zudem sind die Anforderungen an die Rasenspielfelder ebenfalls von der Sportart abhängig (Fussball mittel- bis langflorig, Landhockey kurzflorig). Zusammengefasst heisst das, dem Fussballclub (FC) stehen aktuell für 22 Teams zwei Fussballplätze (Schönau/Eichfeld) und ein weiterer Übungsplatz (Zelg), dem Landhockeyclub (HC) mit vermutlich 3 Teams ein Rasenspielfeld (Erlen) zur Verfügung. Das Rasenspielfeld in der Erlen kann auch vom FC zusätzlich als Trainingsplatz für Junioren/Juniorinnen benutzt werden. Bei schlechtem Wetter sind jedoch mit Ausnahme des Übungsplatzes in der Zelg die Plätze nur beschränkt bespielbar. Das Erfordernis eines Kunstrasenspielfeldes ist unbestritten.

Anlässlich der GGR-Sitzung vom 24. April 2009 (Beantwortung Interpellation der SVP betr. „Kommunales Sport- und Freizeitanlagenkonzept 2007“; 2009/07) wurde über die verschiedenen Voraussetzungen zur Realisierung eines Kunstrasenspielfeldes orientiert.

Hierzu eine kurze Zusammenfassung: Ein neuer Fussballplatz muss den Anforderungen des Schweizerischen Fussballverbandes (SFV) entsprechen. Die minimale Spielfeldgrösse bis und mit 2. Liga beträgt 100 x 64 m, inklusive den benötigten Sturzräumen von allseitig 3 m muss die Platzgrösse 106 x 70 m betragen. Die Sportplätze Schönau (90.00 x 54.20 m) und Eichfeld (91.50 x 63.00 m) weisen diese Minimalmasse nicht auf, können jedoch aufgrund von Ausnahmegewilligungen des SFV für einzelne Spielkategorien noch benützt werden.

Mit dem nun reservierten Betrag ist die finanzielle Voraussetzung für die Realisierung eines Kunstrasenspielfeldes erfüllt und der Gemeinderat hat den Auftrag zur Standortevaluation bereits an seiner Klausur vom 26./27. März 2010 erteilt. Sobald die rechtliche Sicherstellung der erforderlichen Landfläche erfolgt resp. deren Erwerb absehbar ist, werden die notwendigen Projektierungsarbeiten ausgelöst.

Seit der Erteilung des Auftrags „Umsetzung eines Kunstrasenspielfeldes“ durch den Gemeinderat prüfte die Abteilung Hochbau/Planung nochmals mögliche Standorte. Diese Prüfung beschränkte sich nicht nur darauf, ob das Kunstrasenspielfeld in seinen geforderten Abmessungen realisiert werden kann, sondern ob auch die vorhandenen oder erforderlichen Infrastrukturen, möglichen Erweiterungen, ballunabhängigen Nutzungen auf oder neben dem Spielfeld (Leichtathletikanlagen) möglich sind. Ein Kunstrasenspielfeld lässt zwei- bis dreifach höhere Belegungszeiten zu. Diesem Umstand ist im Sinne eines Nebeneinanders mit bestehender Wohnnutzung ebenfalls Beachtung zu schenken. All diese Anforderungen kann die Gemeinde auf eigenem Land nicht erfüllen. Hierzu sind wir auf private Landeigentümer angewiesen, welche die fehlenden Landflächen abtauschen oder verkaufen. Abhängig vom Standort wird auch eine Umzonung erforderlich sein. Diese Umzonung wird der Grosse Gemeinderat (GGR) zu Händen der Stimmberechtigten im Rahmen einer Gemeindeabstimmung beschliessen müssen. Wir gehen davon aus, dass der Verpflichtungskredit zum Landerwerb und zur Umsetzung des Kunstrasenspielfeldes in der Finanzkompetenz des GGR (eventuell fakultatives Referendum) liegen wird.

Bei den beurteilten Standorten handelt es sich um die bereits bewerteten Gebiete gemäss Sport- und Freizeitanlagenkonzept 2007. Dies sind:

- Bernstrasse (Bereich Schulhaus);
- Eichfeld und Schönau (heute bereits zwei Spielfelder vorhanden);
- Erlen (Zone für öffentliche Nutzung [ZöN] Nr. 21 „Aussenwerkhof“);
- Glockenthal (ZöN Nr. 17 „Schulanlage Glockenthal“);
- Gumm (Bereich Badi);
- Gurnigelweg (Parzelle Nr. 460 „Hodelmatte“).

Die nächsten Schritte sehen wie folgt aus: Nach den Sommerferien werden mit der Schule und den Sportvereinen auch die erforderlichen Leichtathletikanlagen definiert (heute fehlende oder sanierungsbedürftige Anlagen), damit für den Kunstrasenplatz und für die sinnvollerweise umliegenden Leichtathletikinfrastrukturen ein möglicher Standort definitiv ermittelt werden kann. Anschliessend werden mit Grundeigentümern, welche durch die Realisierung der beabsichtigten Sportanlagen betroffen sein könnten, Gespräche über die Möglichkeiten eines Tausches oder Erwerbes von Landflächen geführt. Abhängig von diesem Ergebnis wird der Gemeinderat die weiter zu verfolgende Variante bestimmen. Im Investitionsprogramm 2010 – 2015 ist die Realisierung eines Kunstrasenspielfeldes für die Jahre 2013/2014 vorgesehen. Grundvoraussetzung ist jedoch die Möglichkeit eines Landerwerbes, welcher den weiteren Ablauf des Projekts beeinflussen wird.

Die Motion zielt in dieselbe Richtung, welche der Gemeinderat bereits beschlossen und die ersten Schritte dazu ausgelöst hat. Daher kann die Motion angenommen werden.

### **Behandlung**

Lorenz Kopp, Departementsvorsteher Hochbau/Planung, erläutert das Geschäft anhand des vorstehenden Berichts und ergänzt Folgendes: Der Gemeinderat unterstützt die Motion vollumfänglich. Bereits wurde bei der Präsentation des guten Rechnungsergebnisses 2009 kommuniziert, dass ein Allwetterplatz realisiert werden will. Nur kann mit dem Bau nicht sofort begonnen werden, und zwar aus

folgenden Gründen: keiner der bestehenden Plätze entspricht der Grösse des Schweizerischen Fussballverbandes (SFV). Zudem werden weitere Bedürfnisse abgeklärt, d.h. ob eine Erweiterung der Nutzung möglich sein wird wie z.B. Leichtathletikanlagen. Ebenso müssen raumplanerische Überlegungen angestellt werden. Auf gemeindeeigenen Plätzen kann keine entsprechende Lösung gefunden werden. Deshalb braucht es Land von Privateigentümern. Demnächst werden Gespräche mit Landbesitzern aufgenommen. Vorausgesetzt, dass diese Gespräche erfolgreich sind, ist eine Realisierung eines Allwetterplatzes im Jahr 2013/2014 vorgesehen. Abhängig vom Standort wird eine Umzonung erforderlich sein. Diese Umzonung wird der Grosse Gemeinderat zu Handen der Stimmberechtigten im Rahmen einer Gemeindeabstimmung beschliessen müssen. Der Gemeinderat empfiehlt die Motion zur Annahme.

### Diskussion

Ulrich Berger erklärt, dass die SVP-Fraktion erfreut ist, dass der Gemeinderat beabsichtigt, einen Allwetterplatz zu realisieren, nachdem dieses Anliegen, welches letztes Jahr zusammen mit der EVP/EDU-Fraktion aufgegriffen und bekanntlich abgelehnt wurde. Auch freut sie sich, dass sich der Gemeinderat in dieser Angelegenheit flexibel zeigt und sich aufgrund des guten Rechnungsergebnisses das Thema positiv aufgenommen hat und umsetzen will. Der Bedarf eines Allwetterplatzes ist aus bekannten Gründen klar ausgewiesen und kommt nicht nur den Sportvereinen, besonders dem Fussballclub, ebenso den Schulen und damit der Allgemeinheit von Steffisburg zugute. Die SVP-Fraktion erachtet die gestiegene Nachfrage nach sportlicher Betätigung als positiv und ist der Auffassung, dass diese Tatsache von der Öffentlichkeit entsprechend unterstützt und gefördert werden soll. Alle Jugendlichen, welche heute und in Zukunft davon profitieren können und dadurch von der Strasse geholt werden und nicht auf die schiefe Bahn gelangen, für all diese Personen ist dies gut angelegtes Kapital. Mit der eingereichten Motion will der Grundsatzentscheid, welcher der Gemeinderat bereits gefällt hat, zusätzlich bestärkt werden. Der Weg bis zur Realisierung ist noch steinig und lang, jedoch wird das Projekt nun vorangetrieben. Ulrich Berger fügt an, dass der Unterhalt eines Allwetterplatzes wesentlich günstiger ist als die Pflege eines Naturrasenspielfeldes. Allenfalls werden künftig auswärtige Vereine auch Interesse an diesem Allwetterplatz zeigen. Möglicherweise kann mit entsprechenden Mieteinnahmen gerechnet werden. Ulrich Berger bittet die Ratsmitglieder, das Anliegen der SVP-Fraktion zu unterstützen.

Jürg Gerber (FDP) ist grundsätzlich dafür, dass Sportanliegen unterstützt werden, nicht nur für Vereine sondern auch für die Schulen. Die FDP-Fraktion wird der Motion grossmehrheitlich zustimmen. Für sie ist wichtig, dass der Standort der richtige sein wird. Wie im Sportplatzkonzept vorgesehen ist, soll dieser zentral und gut erreichbar sein. Als optimalen Standort erachtet sie die Parzelle der Burgergemeinde. Wichtig ist auch, dass die SFV-Masse des Platzes eingehalten werden. Der Wahl des Rasens ist entsprechende Beachtung zu schenken. Dieser ist so auszuwählen, dass möglichst viele Sportvereine wie z.B. der Landhockeyclub ihre Meisterschaftsspiele darauf durchführen können und nicht aus rasentechnischen Gründen auf einen anderen Platz ausweichen müssen.

Magret Bachmann teilt namens der EVP/EDU-Fraktion mit, dass sie die geplanten nächsten Schritten und die Zeitplanung des Gemeinderates als sinnvoll erachtet. In Bezug auf den Landerwerb bzw. Landabtausch hofft sie, dass es bald eine Lösung geben wird, damit das Projekt raschmöglichst realisiert werden kann. Die Summe von zwei Millionen Franken erachtet die Fraktion als gut eingesetztes Geld. Sie würde begrüssen, dass die Finanzierung nicht nur bei der Gemeinde liegt, sondern dass sich die Sportclubs auch entsprechend daran beteiligen werden.

Claudia Schanz dankt dem Gemeinderat, dass er die Realisierung des Allwetterplatzes vorantreibt und dafür zwei Millionen Franken eingestellt hat. Die SP-Fraktion freut es, dass dieser Allwetterplatz zu Stande kommt und somit viele Vereine und Schulen davon profitieren können. Wird dieser Motion zugestimmt, ist auch an andere Vereine zu denken wie z.B. Musikvereine oder Vereine, die dazu beitragen helfen, die Kinder von der Strasse zu holen. Ihrer Meinung nach müssen auch in und für solche Vereine investiert werden und nicht nur in Sportvereine.

Hans-Ulrich Grossniklaus rät dem Gemeinderat bezüglich Standortfrage nicht zu zögerlich und zu pessimistisch zu sein. Er sagt, dass auf die SVP-Fraktion gezählt werden kann und sie ihm hilft, die Sache voran zu treiben. Zudem erklärt er Margret Bachmann, dass das Clubhaus des Fussballclubs Steffisburg zu einem grossen Teil aus den Mitteln von Mitgliedern des Fussballclubs erbaut wurde. Die Gemeinde hat sich nur mit einem kleinen Teil daran beteiligt. Hans-Ulrich Grossniklaus garantiert dafür, dass sich der Fussballclub mit finanziellen Mittel am Projekt beteiligen wird.

Beat Wegmann fragt in die Runde, ob es wirklich für alle schon ganz klar ist, dass es einen Fussballplatz geben wird? Seit vielen Jahren existiert eine Forderung des Landhockeyclubs, welcher auch einen Anspruch auf einen Allwetterplatz hat. In den Unterlagen und in aller Munde tönt es, wie es schon beschlossene Sache ist, dass es einen Fussballplatz geben wird. Beat Wegmann weist darauf hin, die verschiedenen Ansprüche gut zu prüfen und in die Planung mit einzubeziehen.

#### Schlusswort

Lorenz Kopp, Departementsvorsteher Hochbau/Planung, erklärt, dass der Fussballclub 22 Teams und der Landhockeyclub drei Teams besitzt. Wird auf die Anzahl der Teams Rücksicht genommen, müssten in erster Hinsicht die Bedürfnisse des Fussballclubs berücksichtigt werden und anschliessend diejenigen des Landhockeyclubs. Kann eine Lösung für beide Clubs gefunden werden, wird dies selbstverständlich umgesetzt. Wenn nicht, müssen entsprechende Prioritäten gesetzt werden.

#### Abstimmung über die Annahme des Postulates

Mit 30 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung wird das Postulat angenommen.

Somit fasst der Rat folgenden

#### **Beschluss**

1. Die Motion der SVP-Fraktion betreffend „Sofortige Planung und Realisierung eines Allwetterplatzes“ (2010/08) wird angenommen.
2. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird die der Gemeinderat beauftragt.
3. Eröffnung an:
  - Lorenz Kopp, Departementsvorsteher Hochbau/Planung
  - Hochbau/Planung
  - Präsidiales, Sekretariat GGR (10.061.001, PEK-Nr. 451)

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab 5. Oktober 2010, in Kraft.

Mittlerweile ist Fritz Kunz eingetroffen und wird das Amt des Stimmzählenden wieder übernehmen.

#### **56 10.061.001 Motionen**

##### **Motion der SVP-Fraktion betr. „Sofortige Planung und Realisierung eines zusätzlichen Sportplatzes“ (2010/09); Behandlung**

#### **Inhalt des Vorstosses**

Die SVP-Fraktion hat an der GGR-Sitzung vom 29. April 2010 eine Motion mit folgendem Wortlaut eingereicht: „Die Projektierung und Realisierung eines zusätzlichen Sportplatzes ist sofort auszulösen.“

Die Motion wurde an der GR-Sitzung vom 17. Mai 2010 der Abteilung Hochbau/Planung zur Stellungnahme zugewiesen.

#### **Stellungnahme Gemeinderat**

Der Gemeinderat ist in strategischer wie in finanzieller Hinsicht verantwortlich für die Entwicklung der Gemeinde. Hierzu überprüft er im Sinne einer rollenden Planung jährlich das Investitionsprogramm, welches als Grundlage zum Finanzplan dient und durch den Grossen Gemeinderat zur Kenntnis genommen wird. Aus diesem Grund ist das Begehren um sofortige Planung eines zusätzlichen Sportplatzes nicht motionierbar und eine Realisierung ohne Planung nicht möglich.

Das Sport- und Freizeitanlagekonzept 2007, welches als Richtplan zu verstehen ist, sieht bei einem vollständigen Ausbau der Sportanlagen zwar einen zusätzlichen Sportplatz vor. Ob und wann dieser erstellt wird, muss der Gemeinderat im Rahmen seiner strategischen und finanziellen Verantwortlichkeit bestimmen.

Anhand des Sport- und Freizeitanlagekonzepts 2007 wurden die aktuellen Verhältnisse, die abzeichnenden Bedürfnisse (Bedarfsanalyse) und die möglichen Massnahmen ermittelt.

Die Bedarfsanalyse bei der Schule und den Vereinen (IG Sport, HC, FC, TV und Satus) hat ergeben, dass bis 2010 primär eine Optimierung der bestehenden Infrastruktur erfolgen muss, sekundär ein Neubau der Leichtathletikanlage sowie die Planung eines Kunstrasenplatzes. Weitere Massnahmen wie zusätzliche Sportplätze und Hallen sind wünschenswert aber nicht dringender Bedarf. Die Gemeinde ist mit der Umsetzung des Konzepts demzufolge auf Kurs.

Der Gemeinderat ist bestrebt, mit den vorhandenen Ressourcen (finanziell, personell und materiell) die Entwicklung der Gemeinde sowie der Sport- und Freizeitanlagen optimal zu gestalten. Er wird in den nächsten Jahren seinen Fokus im Sport- und Freizeitbereich auf die Realisierung des Kunstrasenspielfelds legen, weil dadurch die grösste Entlastung der bestehenden Infrastruktur erreicht wird.

Für weitere Massnahmen fehlen entsprechend die finanziellen und personellen Ressourcen (siehe Finanzplan). Zusätzliche Investitionen binden liquide Mittel und werden zukünftig durch die wiederkehrenden Unterhaltskosten den Handlungsspielraum der Laufenden Rechnung einschränken. Die Umsetzung der im Investitionsprogramm eingestellten Projekte (Kunstrasenplatz, Neu- und Umbauten bezüglich Harmos, Schulhaussanierungen Sonnenfeld/Bernstrasse, Zulg, Entwicklung Bahnhofgebiet, Dorfplatz, Gschwendareal, Erweiterung Aufbahrungsgebäude, Ersatz Liegenschaften Pappelegweg) sowie einer Vielzahl raumplanerischer Tätigkeiten, lassen weitere Grossprojekte nicht zu.

Dem Gemeinderat ist es ein grosses Anliegen zumindest das Kunstrasenspielfeld mit all seinen Herausforderungen (fehlende Landfläche, Verhandlungen mit privaten Grundeigentümern und Planerlassverfahren) optimal innerhalb dem vorgegebenen Rahmen zu bewerkstelligen. Aus diesem Grund ist im Investitionsprogramm während der Investitionsplanperiode kein Betrag für einen zusätzlichen Sportplatz eingestellt.

Aufgrund dem nicht dringenden Bedarf eines zusätzlichen Sportplatzes, den nicht vorhandenen Ressourcen (finanziell, personell, materiell) und der fehlenden Zuständigkeit des Grossen Gemeinderates zur Erteilung von Planungsaufträgen beantragt der Gemeinderat dem Grossen Gemeinderat die Motion abzulehnen.

#### **Antrag Gemeinderat an den Grossen Gemeinderat**

1. Die Motion der SVP-Fraktion betreffend „Sofortige Planung und Realisierung eines zusätzlichen Sportplatzes“ (2010/09) wird in Folge mangelnder Priorität und fehlenden Bedarfs eines zusätzlichen Sportplatzes, der fehlenden Ressourcen im Investitionsprogramm 2010 – 2015 und wegen fehlender Zuständigkeit der Grossen Gemeinderates zur Erteilung von Planungsaufträgen abgelehnt.

#### **Behandlung**

##### Persönliche Erklärung des Erstunterzeichners, Ulrich Berger (SVP)

Alle drei Motionen, welche von der SVP-Fraktion eingegeben wurden und heute Abend zur Behandlung vorliegen, haben einen Zusammenhang. Der Zusammenhang mit dem geforderten, zusätzlichen Sportplatz hatte ganz klar zum Ziel, für den Allwetterplatz, welcher nun realisiert werden soll, die optimale Lösung in Bezug auf den Standort und die Infrastruktur zu finden. Es ist absolut zu wünschen, dass neben dem Eichfeldplatz ein zusätzlicher, neuer Allwetterplatz von verschiedenen Bedürfnisgruppen genutzt werden könnte. Gemäss Stellungnahme des Gemeinderates sei der Bedarf nicht dringend. Aus der Optik der Motionäre ist ein entsprechender Platzbedarf aber dringend.

Die SVP-Fraktion ist aber nicht stur und hartnäckig. Deshalb zieht sie die Motion heute zurück. Heute Abend wurde der Match dieser drei Motionen mit 2 zu 1 gegen den Gemeinderat verloren. Die Meisterschaft ist aber nicht zu Ende, ein Rückspiel wird es geben, so Ulrich Berger. Zu diesem Rückspiel

wird die SVP-Fraktion den Gemeinderat zu gegebener Zeit herausfordern. Sie wird weiter am Ball bleiben und wird sich noch nicht geschlagen geben.

#### Schlusswort

Wenn es gelingt, einen Allwetterplatz an einem zusätzlichen Standort zu realisieren, d.h. wenn Land gefunden wird, so könnten beide Forderungen erfüllt werden. Ein zusätzlicher Sportplatz liegt finanziell nicht drin, bei einer Kombination sieht die Situation jedoch anders aus, so Lorenz Kopp.

Aufgrund des Rückzuges der Motion durch den Erstunterzeichner, Ulrich Berger, gilt nachstehender

#### **Beschluss**

1. Die Motion der SVP-Fraktion betr. „Sofortige Planung und Realisierung eines zusätzlichen Sportplatzes“ (2010/09) wurde durch den Erstunterzeichner, Ulrich Berger, zurückgezogen.
2. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
3. Eröffnung an:
  - Lorenz Kopp, Departementsvorsteher Hochbau/Planung
  - Hochbau/Planung
  - Präsidiales, Sekretariat GGR (10.061.001, PEK-Nr. 452)

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab 5. Oktober 2010, in Kraft.

#### **57 10.061.001 Motionen**

##### **Motion der SP-Fraktion betr. „Verdoppelung Sockelbeiträge Vereine“ (2010/10): Behandlung**

#### **Inhalt des Vorstosses**

An der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 29. April 2010 reichte die SP-Fraktion die Motion „Verdoppelung Sockelbeiträge Vereine“ mit folgendem Auftrag ein: „Der Gemeinderat wird beauftragt, die Sockelbeiträge der Vereine in Steffisburg per 2011 zu verdoppeln“. Die SP begründete den Vorstoss wie folgt: „Die Vereine in Steffisburg leisten mit ihren unterschiedlichen Angeboten zur Freizeitgestaltung sehr wertvolle Arbeit im Interesse der Allgemeinheit. Die Beschaffung der entsprechenden finanziellen Mittel, um ein attraktives Freizeitangebot zu präsentieren, ist für jeden Verein eine sehr grosse Aufgabe. Mit der Verdoppelung der Sockelbeiträge anerkennt die Gemeinde Steffisburg die grosse Arbeit der Vereine und hilft zugleich, die nötigen finanziellen Ressourcen jedes einzelnen Vereins zu verbessern.“

Der Gemeinderat hat die Motion am 10. Mai 2010 dem Gemeindepräsidium (in Zusammenarbeit mit der Abteilung Finanzen) zur Stellungnahme zugewiesen.

#### **Stellungnahme Gemeinderat**

Es ist unbestritten, dass die Vereine innerhalb unseres Dorfes eine sehr wichtige Rolle spielen und äusserst wertvolle Arbeit leisten. Für uns ist deshalb auch klar, dass die Gemeinde als Dank und Anerkennung dafür Beiträge an die Vereine ausrichtet. Sie hat die Vereine in den letzten Jahren mit Beiträgen von zum Teil weit über Fr. 100'000.00 jährlich unterstützt. Darin enthalten sind die Sockelbeiträge, die Beiträge für Vereine mit Jugendarbeit, Beiträge an Infrastrukturkosten sowie die Unterstützung für einmalige Anschaffungen/Ausgaben. Zusätzlich stellt die Gemeinde den Vereinen die gemeindeeigenen Infrastrukturen zu einem reduzierten Tarif oder sogar gratis zur Verfügung. Auch hinter der Unterstützung in dieser Form stehen namhafte Beträge! Auf die Details zur heutigen Beitragspraxis und deren Finanzierung kann auf die Stellungnahme zur Motion der FDP-Fraktion „Jugendarbeit der Vereine stärken“ (2009/29) verwiesen werden.

Aus folgenden Gründen empfiehlt der Gemeinderat dem Grossen Gemeinderat die Motion abzulehnen bzw. in ein Postulat umzuwandeln:

- Das Anliegen kommt zu früh. Der Gemeinderat ist derzeit daran, für das Beitragswesen neue Richtlinien auszuarbeiten und dies als Anlass dazu zu nehmen, das Beitragswesen - insbesondere auch die Unterstützung der Vereine - zu vereinheitlichen, zu vereinfachen und zu prüfen, ob bestehende wiederkehrende Beiträge angepasst werden müssen. Heute werden aus verschiedenen „Töpfen“ Beiträge ausgerichtet, welche untereinander schlecht koordiniert sind und nach Kriterien festgelegt werden, welche mittlerweile wohl nicht mehr oder nur noch bedingt begründbar sind. Deshalb muss das Beitragswesen generell überarbeitet und dafür einheitliche Richtlinien erstellt werden. Dies soll bis im Frühjahr 2011 erfolgen.
- Eine generelle Verdoppelung der sogenannten „Sockelbeiträgen“ ist nicht möglich. Nicht für alle Sockelbeiträge ist der Grosse Gemeinderat zuständig. Bei einzelnen Vereinen ist der Gemeinderat zuständig, weil mit diesen Verträge/Vereinbarungen (z. B. Vereinigte Schützengesellschaften) abgeschlossen und dafür entsprechende wiederkehrende Verpflichtungskredite bewilligt wurden, welche ausschliesslich in der Kompetenz des Gemeinderates liegen. Der Gemeinderat ist zurzeit nicht gewillt, an diesen Verträgen/Vereinbarungen Änderungen vorzunehmen, weil jede/r Vertrag/Vereinbarung seinerzeit ausgehandelt wurde und die Höhe des Betrages begründbar ist. Zudem ist beim genannten Beispiel (Vereinigte Schützengesellschaften) nicht ausser Acht zu lassen, dass ein gemeinsamer Vertrag mit der Gemeinde Heimberg besteht.
- Eine Verdoppelung nur derjenigen Beiträge, welche ohne Vertrag/Vereinbarung ausgerichtet werden, widerspricht dem Grundsatz der Rechtsgleichheit.
- Eine Verdoppelung der heutigen Sockelbeiträge ist nicht gerecht. Die heutigen Sockelbeiträge wurden vor 10 Jahren festgelegt und bis heute unverändert an einzelne Vereine ausgerichtet. Nach so langer Zeit muss davon ausgegangen werden, dass sich die Situation verändert hat. Vermutlich hätten heute andere/zusätzliche Vereine Anspruch auf einen Sockelbeitrag.

Zur Zeit ist der Gemeinderat daran, eine Auslegeordnung über die bisherige Ausrichtung von Beiträgen zu machen, so dass in einem weiteren Schritt festgelegt werden kann, nach welchen Kriterien in Zukunft Beiträge ausgerichtet werden sollen. Diese neuen Kriterien sollen anschliessend in einer Richtlinie festgehalten werden. Sobald die Entwürfe der neuen Grundlagen für die Ausrichtung von Beiträgen vorliegen, wird beabsichtigt, die Vereine in einer noch zu bestimmenden Form mitwirken zu lassen, so dass das neue System breit abgestützt ist, Akzeptanz findet und wo nötig noch vor der Inkraftsetzung ergänzt/überarbeitet werden kann.

Der Gemeinderat ist bestrebt, ein System zu finden, welches unabhängig von der Höhe der verfügbaren Mittel angewendet werden kann. Somit vergibt sich der Grosse Gemeinderat heute nichts. Später wird wie anhin im Budgetprozess auf die Höhe der einzelnen Voranschlagskredite Einfluss genommen werden können. Ausnahme bilden die gebundenen Ausgaben.

Sofern der Erstunterzeichner Peter Jordi bereit ist, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, empfiehlt der Gemeinderat, darauf einzutreten und das Postulat anzunehmen. Wird an der Form einer Motion festgehalten, beantragt der Gemeinderat dem Grossen Gemeinderat, diese abzulehnen.

#### **Antrag Gemeinderat an den Grossen Gemeinderat**

1. Die Motion der SP-Fraktion betr. „Verdoppelung Sockelbeiträge Vereine“ (2010/10) wird abgelehnt.
2. Sofern die Motionäre (Erstunterzeichner Peter Jordi) bereit sind, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, ist darauf einzutreten und der Vorstoss in Form eines Postulates anzunehmen.

#### **Behandlung**

Jürg Marti, Gemeindepräsident, dankt vorab allen Vereinen, Institutionen und Privatpersonen herzlich für ihr Engagement zu Gunsten der Gesellschaft. Es ist nicht selbstverständlich, mit wie viel Herzblut und Freude „am Karren gezogen wird“, wenn man weiss, wie schwierig es ist, für die gemeinnützige Arbeit Leute zu finden.

Bevor über eine Beitragssumme gesprochen werden kann, ist der Gemeinderat der Auffassung, zuerst das System der Beitragsausrichtung zu überprüfen, welches seit langer Zeit und nach gleicher Art und Weise funktioniert. Früher wurde prinzipiell ein Sockelbeitrag ausgerichtet, wenn einem Verein keine gemeindeeigene Infrastruktur zur Verfügung stand (grösstenteils Übungslokalitäten). Heute ist die Infrastruktur nicht mehr der wesentlichste Kostentreiber. Viele Vereine werden durch die Gemeinde unterstützt. Die Gratisleistungen, d.h. die zur Verfügungsstellung von gemeindeeigenen Anlagen betragen jährlich über Fr. 300'000.00.

Es geht nun darum, wie die finanziellen Mittel, welche an die Vereine ausgerichtet werden dürfen, künftig gehandhabt werden wollen. Die Infrastruktur ist diesbezüglich nicht mehr entscheidend und zentral. Es gibt andere, wesentlichere Kostentreiber wie z.B. die Personalkosten. Die Abteilung Präsidiales ist momentan daran, das Verteilsystem mit den Vereinen zu prüfen und die verschiedenen Aspekte mit einzubeziehen. Da das Geschäft nicht motionierbar ist, empfiehlt er der SP-Fraktion, die Motion in ein Postulat zu wandeln, damit das Verteilsystem überarbeitet und verbessert werden kann. Nach dieser Überarbeitung kann dann konkret über Kosten bzw. Beiträge diskutiert werden. Jürg Marti hofft, dass die Absichten des Gemeinderates unterstützt werden.

Der Erstunterzeichner, Peter Jordi, hebt hervor, dass er das Anliegen als SP-Partei gestellt hat und nicht als Präsident eines Vereins, wobei dieser auf Sockelbeiträge angewiesen ist. Für Vereine, welche einen Sockelbeitrag erhalten, stellt dieser eine wichtige Einnahme dar. Die laufenden Kosten eines Vereins, konkret eines Musikvereins, sind heute nicht mehr viel tiefer als beispielsweise die laufenden Kosten bei Sportvereinen. Es wird auch zunehmend schwieriger, das nötige Geld einzunehmen. Peter Jordi hebt hervor, dass die moralische Unterstützung durch die Gemeinde geschätzt wird. Von dieser Art Unterstützung kann ein Verein natürlich nicht leben. Es ist ihm bewusst, dass das heutige, jahrzehnte alte System gewisse Ungerechtigkeiten enthält. Er ist überzeugt, dass es kein System geben wird, welches allen gerecht wird. Er verlangt auch nicht, dass bestehende Verträge geändert werden müssen. Vereine, welche keinen Sockelbeitrag erhalten, können beim Gemeinderat ein entsprechendes Gesuch einreichen. Diese Möglichkeit steht ihnen offen. Für Vereine, welche bereits heute einen Sockelbeitrag erhalten, soll rasch eine Lösung ausgearbeitet werden. Um diesen Vereinen zu helfen, hält die SP-Fraktion an der Motion fest und ist nicht bereit, den Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln.

Elisabeth Schwarz sagt, dass der SVP-Fraktion alle Vereine am Herzen liegen und nicht nur die Sportvereine. In der Stellungnahme des Gemeinderates, ebenso den Ausführungen des Gemeindepräsidenten konnte entnommen werden, dass in dieser Angelegenheit etwas im Gange ist. Deshalb kann dem Gemeinderat vertraut werden, dass eine entsprechende Überarbeitung stattfindet. Das Begehren kann somit als Prüfungsauftrag an den Gemeinderat eingegeben werden. Sie empfiehlt dem Erstunterzeichner, die Motion nach der Debatte doch noch in ein Postulat umzuwandeln. Die SVP-Fraktion würde ein Postulat unterstützen, jedoch eine Motion ablehnen.

Jürg Gerber gibt namens der FDP-Fraktion bekannt, dass sie ein Postulat unterstützen würde. Er hat die Unterlagen, welche der Gemeinderat den Vereinen zugestellt hat, selber gesehen und weiss, dass diesbezüglich etwas im Gange ist. Die aktuellen Sockelbeiträge sind zehn jährig. Mit diesen Zahlen wird oder kann noch budgetiert werden. Er geht davon aus, dass eine Umsetzung einer neuen Regelung nach den Vernehmlassungen bei den Vereinen (er hofft zumindest, dass eine Stellungnahme möglich ist) in absehbarer Zeit geschehen kann.

Christian Gerber teilt namens der EVP/EDU-Fraktion mit, dass sie ein Postulat unterstützt, jedoch eine Motion nicht. Vereine sollen weiterhin unterstützt werden, wenn möglich mit einer höheren Beitragsleistung.

Werden die Sockelbeiträge nicht erhöht, nützt auch eine neue Berechnung nichts, so Claudia Schanz. So bleiben auch nächstes Jahr nicht mehr als Fr. 35'000.00 für die Jugendarbeit in den Vereinen zum Verteilen.

### Schlusswort

Jürg Marti, Gemeindepräsident, hält Folgendes fest: Wird ein System angepasst, sind sich wohl alle bewusst, dass es nie für alle gerecht sein kann. Mit der Überarbeitung will Transparenz geschaffen werden. In Richtlinien will klar definiert werden, nach welchen Kriterien ein Sockelbeitrag ausgerichtet wird. Es besteht heute ein System, welches in diesem Sinne nicht mehr funktioniert. Der Gemeinde-

rat wird eine Überarbeitung vornehmen, unabhängig davon, was heute Abend beschlossen wird. Die im Bericht erwähnten, verschiedenen „Töpfe“ (Jugendarbeit, Sockelbeitrag, diverse Kredite) sollen zusammengelegt und neu definiert werden. Ziel ist es, die Beiträge ab dem Jahr 2011 nach den neuen Richtlinien auszurichten.

Peter Jordi beantragt an dieser Stelle einen Sitzungsunterbruch.

#### Abstimmung über einen Sitzungsunterbruch

Einstimmig beschliesst der Rat einen Sitzungsunterbruch von 5 Minuten.

Peter Jordi und die SP-Fraktion sind bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Geprüft hat der Gemeinderat die Angelegenheit bereits. Die SP-Fraktion hofft, dass sich bei der nächsten Budgetsitzung etwas machen lässt.

#### Abstimmung über die Annahme des Vorstosses als Postulat

Einstimmig beschliesst der Rat die Annahme des Postulates.

Somit fasst der Rat folgenden

#### **Beschluss**

1. Die Motion der SP-Fraktion betr. „Verdoppelung Sockelbeiträge Vereine“ (2010/10) wird durch den Erstunterzeichner, Peter Jordi, in ein Postulat umgewandelt.
2. Das Postulat „Verdoppelung Sockelbeiträge Vereine“ (2010/10) wird angenommen.
3. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
4. Eröffnung an:
  - Jürg Marti, Gemeindepräsident
  - Finanzen
  - Präsidiales (10.061.001)
  - Präsidiales (10.080.016)

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab 5. Oktober 2010, in Kraft.

#### **58 10.061.001 Motionen**

##### **Motion der SP-Fraktion betr. „Namhafter Beitrag für die kulturellen Vereine“ (2010/11); Behandlung**

#### **Inhalt des Vorstosses**

An der Sitzung des Grossen Gemeinderats vom 29. April 2010 reichte die SP-Fraktion eine Motion „Namhafter Beitrag für die kulturellen Vereine“ mit folgendem Begehren ein: *„Der Gemeinderat wird beauftragt, für die „kulturellen“ Vereine in Steffisburg ein Zeichen zu setzen.“*

Die SP-Fraktion begründet den Vorstoss wie folgt: Die „musikalischen“ Vereine in Steffisburg leisten mit ihren unterschiedlichsten Angeboten zur Freizeitgestaltung sehr wertvolle Arbeit. Leider sind die Möglichkeiten der Finanzbeschaffung in diesem Bereich sehr begrenzt. Bis heute haben es der Bund und der Kanton nicht geschafft eine äquivalente Möglichkeit zum J+S zu bilden. Somit sind Beiträge von Bund und Kanton äusserst selten. Wir erachten es daher als notwendig, in Anbetracht des guten Resultats der Gemeinde im letzten Rechnungsjahr, für diese Vereine einen grösseren Betrag zu sprechen, so dass die Möglichkeit eines guten Probe-/Vereinslokals geschaffen werden kann.

Der Gemeinderat hat die Motion am 10. Mai 2010 der Abteilung Präsidiales zur Stellungnahme zugewiesen.

## **Stellungnahme Gemeinderat**

Der Gemeinderat ist mit den Motionärinnen und Motionären einig, dass die Vereine wichtige Funktionen in einem Gemeinwesen erfüllen. Sie haben einerseits eine hohe soziale Bedeutung und leisten andererseits einen wichtigen Beitrag zur Integration von verschiedenen Bevölkerungs- und Altersgruppen. Der freiwilligen und grösstenteils ehrenamtlichen Arbeit in den Vereinen wird in allen Bereichen unserer Gesellschaft eine hohe Bedeutung beigemessen. Entsprechende Aktivitäten werden heute im Rahmen der Grundlagen und finanziellen Möglichkeiten unterstützt.

In der Gemeinde Steffisburg haben sich mit Stand per 15. Juni 2010 83 Vereine, davon 6 Quartierleiste, registrieren lassen. Hinzu kommen noch 7 Ortsparteien, welche grösstenteils ebenfalls als Vereine im Sinne von Art. 60 ff ZGB organisiert sind. Diese sind auf der Gemeindehomepage publiziert. Davon sind 11 Vereine im „musikalischen Bereich“ anzusiedeln.

Der Grosse Gemeinderat wurde im Rahmen der Stellungnahme zur Motion der FDP-Fraktion betr. „Jugendarbeit der Vereine stärken“ (2009/29) am 12. März 2010 ausführlich über die bisherige Beitragspraxis und deren Finanzierung informiert. Diesbezüglich kann auf die damals abgegebenen Unterlagen verwiesen werden. Tatsache ist, dass es heute in vielen Vereinen an geeigneten Übungslokalen und Infrastrukturen fehlt. Diese bereit zu stellen ist jedoch nicht primär Aufgabe der Gemeinde. Trotzdem unterstützt die Gemeinde die Vereine im Rahmen ihrer Möglichkeiten, wobei es heute schwierig ist, günstige Lokalitäten zu finden oder selber anbieten zu können. Es darf jedoch darauf hingewiesen werden, dass die Gemeinde heute gerade an Vereine im musikalischen Bereich sowohl jährlich wiederkehrende und einmalige (z.B. Neuuniformierung) Beiträge ausrichtet wie auch Übungslokalitäten bereit stellt bzw. finanziert.

Bevor im Rahmen dieser Motion neue Lösungsansätze vorgestellt und diskutiert werden, ist der Gemeinderat bereit, das Thema konzeptionell anzupacken.

Einerseits wird beabsichtigt die Ausrichtung der verschiedenen Beitragsarten (Jugendbeiträge, Sockelbeiträge, Infrastrukturleistungen etc.) zusammen zu fassen und in neuen Richtlinien zu regeln. Ein entsprechender Entwurf des Gemeinderats soll mit den Vereinen in den kommenden Monaten diskutiert werden. Andererseits schlägt der Gemeinderat vor, mit den „musikalischen Vereinen“ die vorhandenen Räumlichkeiten aufzunehmen, zu beurteilen und entsprechende Massnahmen zu formulieren, damit der geforderte „grössere Beitrag“ (Grössenordnung) auf einem Konzept basiert. Es macht kaum Sinn, finanzielle Mittel zu sprechen, solange nicht bekannt ist, wie diese optimal eingesetzt werden sollen.

Aus den geschilderten Gründen lehnt der Gemeinderat den Vorstoss in der zwingenden Form einer Motion ab. Er arbeitet bereits teilweise in der genannten Stossrichtung und ist bereit, das Begehren als Postulat anzunehmen. Mit der Annahme des Postulats vergibt sich der Grosse Gemeinderat nichts und stimmt der generellen Neubeurteilung des Beitragswesens und der Vereinslokalitäten (nach neuen Lösungsansätzen) zu.

Sofern die Erstunterzeichnerin Claudia Schanz bereit ist, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, empfiehlt der Gemeinderat, darauf einzutreten und das Postulat anzunehmen.

## **Antrag Gemeinderat an den Grosse Gemeinderat**

1. Die Motion der SP-Fraktion betr. „Namhafter Beitrag für die kulturellen Vereine“ (2010/11) wird abgelehnt.
2. Sofern die Motionäre (Erstunterzeichnerin Claudia Schanz) bereit sind, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, ist darauf einzutreten und der Vorstoss in Form eines Postulates anzunehmen.

## **Behandlung**

Jürg Marti, Gemeindepräsident, orientiert, dass zu diesem Geschäft die nötigen Grundlagen fehlen. Die Abgrenzung gestaltet sich schwierig, d.h. wo und für was setzt die Gemeinde namhafte Beiträge abschliessend ein. Der Gemeinderat will bezüglich dieser Thematik Hand bieten. Er bittet die Motionäre, den Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln, damit der Gemeinderat als Erstes den Prüfungsauftrag erfüllen und entsprechende Schritte vorwärts gehen kann.

Claudia Schanz gibt Jürg Marti Recht, dass bezüglich namhafter Betrag keine Definition besteht. Bei der Stellungnahme des Gemeinderates hätte sie sich eine Kostenangabe gewünscht. Zudem gehören Ortsparteien und Leiste auch zu den kulturellen Vereinen. Sie lädt alle Ratsmitglieder ein, einer Musikprobe des Musikvereins oder der Blaukreuzmusik beizuwohnen, um selber einmal zu spüren und zu erfahren, wie ungemütlich es in diesem Übungslokal sein kann (vor allem in Bezug auf die Temperaturunterschiede). Für sie ist es wichtig, dass diesbezüglich entsprechende Zeichen gesetzt werden. Claudia Schanz ist nicht bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Elisabeth Schwarz gibt namens der SVP-Fraktion bekannt, dass die Angelegenheit nun im Ganzen geprüft und seriöse Abklärungen gemacht werden sollen. Es soll diesbezüglich kein Giesskannen-System angewandt werden. Sie empfiehlt, die Motion entsprechend zu wandeln. Die SVP-Fraktion würde einem Postulat zustimmen, jedoch eine Motion ablehnen.

Jürg Gerber teilt namens der FDP-Fraktion mit, dass sie bereit ist, den Vorstoss in Form eines Postulates zu unterstützen.

Die EVP/EDU-Fraktion würde ebenso ein Postulat unterstützen, so Markus Bühler. Er hofft auf eine seriöse Prüfung des Begehrens. Die entsprechende Zeit muss dafür gegeben werden.

Peter Jordi (SP) macht darauf aufmerksam, dass an der heutigen Sitzung der Motion „Allwetterplatz“ zugestimmt wurde, ohne das Ganze vorher zu prüfen.

Thomas Schweizer (EVP/EDU) sieht bei dieser Motion nicht, um was es dabei genau geht. Einerseits steht im Titel „kulturelle Vereine“ und unten im Motionstext ist von einem Probelokal die Rede. Er empfiehlt der SP-Fraktion deshalb, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Damit würde ein Zeichen gesetzt, dass es wirklich darum geht, die Beiträge für die Vereine nicht nur in einen Topf zusammen zu legen und anschliessend nach dem neuen Verteilschlüssel auszurichten, sondern dass die Beiträge etwas erhöht werden, so dass die Vereine davon profitieren können. Wird die Motion abgelehnt, so ist die Thematik vom Tisch.

#### Schlusswort

Jürg Marti, Gemeindepräsident, macht darauf aufmerksam, dass vorab eine gründliche Bedürfnisanalyse gemacht werden müsste, damit eine seriöse Beitragsausrichtung erfolgen könnte. Daher bittet er die Motionäre, den Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln.

#### Abstimmung über die Ablehnung der Motion (Verzicht auf Umwandlung in Postulat durch Erstunterzeichnende Claudia Schanz)

Mit 21 zu 10 Stimmen wird die Motion abgelehnt.

Somit fasst der Rat folgenden

#### **Beschluss**

1. Die Motion der SP-Fraktion betr. „Namhafter Beitrag für die kulturellen Vereine“ (2010/11) wird abgelehnt (die Erstunterzeichnerin Claudia Schanz verzichtete auf eine Umwandlung der Motion in ein Postulat).
2. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
3. Eröffnung an:
  - Jürg Marti, Gemeindepräsident
  - Stephan Spycher, Departmentsvorsteher Finanzen
  - Finanzen
  - Präsidiales (10.061.001)
  - Gemeindeschreiber

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab 5. Oktober 2010, in Kraft.

## 59 10.061.002 Postulate

### Postulat der SP-Fraktion betr. „Abgabe von REKA-Checks an pensionierte Mitarbeitende“ (2010/12): Behandlung

#### **Inhalt des Vorstosses**

An der Sitzung des Grossen Gemeinderats vom 29. April 2010 reichte die SP Fraktion das Postulat „Abgabe von REKA-Checks an pensionierte Mitarbeitende“ (2010/12) mit folgendem Wortlaut ein: „Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, den pensionierten Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung Steffisburg wiederum REKA-Checks zu vergünstigten Bedingungen abzugeben.“

#### *Begründung:*

*Wie uns bekannt ist, hat das „aktive“ Personal der Gemeindeverwaltung Steffisburg die Möglichkeit, vergünstigte Reka-Checks zu beziehen. Gemäss unseren Informationen wurde im Zuge der Sparaktion diese Vergünstigung für pensionierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestrichen.*

*Eine grosse Anzahl der pensionierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter war sehr lange auf unserer Verwaltung beschäftigt und haben sich teilweise über Jahrzehnte für unsere Gemeinde eingesetzt. Wenn wir davon ausgehen, dass Fr. 500.00 mit 10 % ermässigt werden, ergibt das pro pensionierte Person Fr. 50.00. Erfahrungen aus anderen Unternehmungen zeigen, dass nie alle anspruchsberechtigten Personen von dieser Dienstleistung profitieren. Es wäre ein Zeichen der Wertschätzung für die ehemaligen Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung Steffisburg.“*

Das Postulat wurde am 17. Mai 2010 durch den Gemeinderat formell der Abteilung Präsidiales (Federführung Personaldienst) zur Stellungnahme zugewiesen.

#### **Stellungnahme Gemeinderat**

Die heute gültigen Richtlinien für den Bezug von Reka-Checks wurden per 1. Januar 2005 in Kraft gesetzt. Die Vergünstigung wurde damals von 10 % auf 20 % angehoben, der Pauschalbetrag pro Angestellte/r im Monatslohn auf Fr. 600.00 und für jedes kinderzulagenberechtigende Kind Fr. 200.00 (beide Beträge beschäftigungsgradabhängig, jedoch neu nicht mehr vom Zivilstand abhängig) festgesetzt. Rentner und (pensionierte) Lehrkräfte waren in den neuen Richtlinien nicht mehr im Bezügerkreis eingeschlossen. Der Bezügerkreis war bereits im Jahr 2002 in Frage gestellt worden und entsprach in der neuen Form laut Begründung auch der Praxis der verglichenen Gemeinden.

Seitens der Rentner lösten die neuen Richtlinien einige Diskussionen aus, welche der ehemalige wie auch der heutige Gemeindepräsident bereits mehrmals mündlich wie auch schriftlich führte und begründete. Der Gemeinderat hält nach wie vor an der heutigen Regelung über den Bezügerkreis aus folgenden Gründen fest:

- Der Bezügerkreis wurde im Sinne der Familienförderung absichtlich auf das aktive Personal eingeschränkt. Die Benachteiligung der Rentner war dem Gemeinderat bei diesem Entscheid bewusst und erfolgte keineswegs im Zuge einer Sparaktion, sondern entspricht einem sozialen Gedanken für das aktive Personal.
- Der Teuerungsausgleich auf den Renten (auch im überobligatorischen Teil) ist im Reglement der Pensionskasse der Gemeinde Steffisburg festgehalten. Es besteht also ein reglementarischer Anspruch auf den Ausgleich. Gesetzlich ist dies nicht vorgeschrieben (wird oftmals auch nicht praktiziert), insbesondere müssen die BVG-Altersrenten dann nicht angepasst werden, wenn diese über das vom Gesetz vorgeschriebene Minimum hinausgehen. Die Gemeinde finanziert freiwillig einen jährlichen Teuerungsausgleich für Rentenbezüger von Fr. 264'000.00 (Basis Renten Juni 2010) oder durchschnittlich pro Rentenbezüger Fr. 4'125.00.
- Ab dem 60. Altersjahr ist der Bezug einer Überbrückungsrente möglich, welche zur Hälfte durch die Arbeitgeberin finanziert wird. Auch wenn nicht alle Mitarbeitenden von der Übergangsrente profitieren können, ist dies doch ein sehr fortschrittliches und finanziell interessantes Angebot.
- Die Rentner inkl. Partner/in der Gemeinde werden jährlich zu einem ganztägigen Ausflug eingeladen, was von ihnen auch ausserordentlich geschätzt wird. Die Kosten dafür werden von der Gemeinde übernommen. Auch können sie für ihre regelmässigen Treffen gratis bei der Gemeinde kopieren.

Der Gemeinderat beantragt aufgrund der vorstehenden Ausführungen das Postulat anzunehmen und gleichzeitig als erfüllt abzuschreiben.

### **Behandlung**

Jürg Marti, Gemeindepräsident, dankt für diesen parlamentarischen Vorstoss. Bezüglich der Erläuterungen macht er auf den ausführlichen Bericht des Gemeinderates aufmerksam. Mit der Beantwortung des Anliegens kann der Gemeinderat wieder einmal die positiven Leistungen gegenüber den Rentnern dokumentieren. Primär will der Gemeinderat mit den Reka-Checks die Förderung der Familienpolitik unterstützen.

### **Diskussion**

Erstunterzeichnerin Katharina Jordi dankt für die umfassende Stellungnahme des Gemeinderates. Für die paar wenigen Rentnerinnen und Renter, welche Reka-Checks beziehen würden, findet sie es äusserst kleinlich, dass der Gemeinderat das Postulatsbegehren abgelehnt. Es wäre interessant zu wissen, was dieser minime Bezug kostenmässig ausmachen würde. Die SP-Fraktion ist für die Annahme des Postulates. Die Abschreibung soll erst erfolgen, wenn die gewünschte Berechnung erfolgt ist.

### **Schlusswort**

Jürg Marti, Gemeindepräsident, teilt mit, dass die Berechnung auf einer Annahme beruhen und nicht viel aussagen würde. Er verspricht, die gewünschte Berechnung an einer der nächsten GGR-Sitzungen zu kommunizieren. Er bittet die Postulanten, dem Gemeinderat das Vertrauen zu schenken und mitzuhelfen, das Postulat abzuschreiben.

### **Abstimmung über die Annahme des Postulates**

Einstimmig wird das Postulat angenommen.

### **Abstimmung über die Abschreibung des Postulates**

Mit 22 zu 9 Stimmen wird das Postulat als erfüllt abgeschrieben.

Somit fasst der Rat folgenden

### **Beschluss**

1. Das Postulat der SP-Fraktion betr. „Abgabe von REKA-Checks an pensionierte Mitarbeitende“ (2010/12) wird angenommen.
2. Das Postulat wird gleichzeitig als erfüllt abgeschrieben.
3. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
4. Eröffnung an:
  - Jürg Marti, Gemeindepräsident
  - Finanzen
  - Personaldienst
  - Präsidiales (10.061.002, PEK-Nr. 455)

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab 5. Oktober 2010, in Kraft.

## 60 10.061.002 Postulate

### Postulat der EVP/EDU-Fraktion betr. „Förderung von Hochstamm Obstbäumen und von einheimischen, blühenden Büschen in den Privatgärten von Steffisburg“ (2010/13); Behandlung

#### **Inhalt des Vorstosses**

Die EVP/EDU-Fraktion hat an der GGR-Sitzung vom 29. April 2010 ein Postulat mit folgendem Begehren eingereicht: „Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, ob es möglich ist, eine einmalige Pflanzaktion für Hochstamm Obstbäume sowie von einheimischen, blühenden Büschen in den Privatgärten von Steffisburg zu unterstützen. Die Gemeinde übernimmt auf Bestellung hin die Kosten einer Pflanze pro Garten. Der Gartenbesitzer die Kosten für die Pflanzung und die Pflege. Durch die Gemeinde werden die Berechtigungen zum Bezug der Pflanzen, die Sortenauswahl und die Abgabe durch den Werkhof festgelegt.“

Das Postulat wurde an der GR-Sitzung vom 17. Mai 2010 der Abteilung Tiefbau/Umwelt zur Stellungnahme zugewiesen.

#### **Stellungnahme Gemeinderat**

Das postulierte Anliegen entspricht einem Grundsatz, welcher im Baureglement der Gemeinde Steffisburg vom 9. Oktober 2008 in Art. 12 „Grundsätze zur Umgebungsgestaltung“ enthalten ist. Damit wird mindestens ein Teil des Anliegens, nämlich die Einflussnahme bei Neubauten/Umgestaltungen etc. abgedeckt.

Das Anliegen um aktive Einflussnahme der Gemeinde mit einer einmaligen Pflanzaktion ist nur mit einem sehr grossen, zusätzlichen personellen und finanziellen Aufwand möglich und daher wenig sinnvoll. Weiter unterliegen die Gärten der Verantwortung der Grundeigentümer und Mieter. Der weiteren Pflege oder auch zukünftige Umgestaltungen der Gärten würden ein Teil der Pflanzen wieder zum Opfer fallen und den langfristigen Nutzen der Pflanzaktion somit in Frage stellen. Auf solche Veränderungen hat die Gemeinde keinen Einfluss. Die Bepflanzung der Gärten ist eine private Angelegenheit, wo sich die öffentliche Hand nicht einmischen sollte.

Viele Streitereien zwischen Nachbarn werden durch falsch gepflanzte oder schlecht geschnittene Büsche und Bäume verursacht. Auch hier sollte die Gemeinde keine zusätzliche Angriffsfläche bieten, indem Sie Pflanzen subventioniert und den zukünftigen Aufwand Dritten überlässt. Differenzen und Auseinandersetzungen sind in diesem Zusammenhang vorhersehbar. Daher beantragt der Gemeinderat dem Grossen Gemeinderat das Postulat abzulehnen.

#### Behandlung

Stefan Schneeberger, Departementsvorsteher Sicherheit, weist darauf hin, dass das Anliegen in Artikel 12 im Baureglement der Gemeinde Steffisburg geregelt ist. Die Bepflanzung in den Gärten liegt in der Verantwortung der Grundeigentümer bzw. der Mieter und die Gemeinde soll und kann hier nicht aktiv Einfluss nehmen. Die nachhaltige Wirkung der Pflanzaktion kann nicht gewährleistet werden. Der zusätzliche personelle und finanzielle Aufwand steht in keinem Verhältnis zur erzielten Wirkung. Stefan Schneeberger beantragt, das Postulat abzulehnen.

Erstunterzeichner Samuel Wäfler (EVP/EDU-Fraktion) ist enttäuscht, dass dem Begehren nicht mehr Wohlwollen entgegen gebracht wurde und die Gemeinde darauf verzichtet, als gutes Beispiel voran zu gehen. Eine solche Pflanzaktion ist immer mit einigem Aufwand, Kosten und personellem Einsatz verbunden. Die Gemeinde Seedorf hat vor ca. fünf Jahren eine erste Aktion durchgeführt und hat diese im 2010 im Jahr der Biodiversität wiederholt. Die Rückmeldungen sind durchwegs positiv ausgefallen. Das Begehren hätte zudem der Infrastruktur- und Umweltkommission zur Prüfung vorgelegt werden können.

Elisabeth Schwarz gibt bekannt, dass die SVP-Fraktion die Idee grundsätzlich gut findet. Sie gibt jedoch zu bedenken, dass in der Gemeinde Steffisburg genügend Hochstammbäume stehen, welche vergammeln und Mahnmale einer schlechten Pflege sind. Die SVP-Fraktion wird das Postulat ablehnen.

Claudia Schanz, SP, weist darauf hin, dass das Begehren keine Verpflichtung für die Eigentümer bzw. die Mieter darstellt und es allen frei steht, sich an einer solchen Aktion zu beteiligen.

Mit dieser Aktion würde die Gemeinde ein Zeichen zur Förderung des Umweltbewusstseins setzen, sagt Thomas Schweizer. Die EVP/EDU-Fraktion hält am Postulat fest.

Christian Gerber, EDU, gibt zu bedenken, dass viele Gartenbesitzer gar nicht wissen, was sie eigentlich setzen. Hier wäre es schon Aufgabe der Gemeinde, mit Information und Schulung die Bevölkerung im Hinblick auf eine sachgerechte Pflanzung und Entsorgung zu unterstützen und zu sensibilisieren.

Peter Maurer, SP, unterstützt nach den Aussagen des Fachmanns, Christian Gerber, das Postulat.

Michael Riesen, FDP, unterstützt eine aktive Information beispielsweise durch die Infrastruktur- und Umweltkommission. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, solche Aktionen nicht zu finanzieren. Heute besteht eine verdichtete Bauweise und die Bepflanzungen sind somit bereits eingeschränkt.

Ruth Lehmann, SP, schliesst sich der Argumentation von Thomas Schweizer an. Die Begründungen des Gemeinderates kann sie nur bedingt nachvollziehen. Sie ist der Meinung, dass die Abklärungen ungenügend sind. Sie bittet die Ratsmitglieder, das Postulat anzunehmen. Die Infrastruktur- und Umweltkommission soll sich mit weiteren Massnahmen befassen.

Stefan Schneeberger, Departementsvorsteher Sicherheit, ist nach wie vor der Meinung, dass es sich hier nicht um eine Aufgabe der Gemeinde handelt. Der Gemeinderat hält an der Ablehnung des Postulates fest.

#### Abstimmung über die Ablehnung des Postulates

Mit 16 zu 15 Stimmen wird das Postulat abgelehnt.

Somit fasst der Rat

#### **Beschluss**

1. Das Postulat der EVP/EDU-Fraktion betr. „Förderung von Hochstammbäumen und von einheimischen, blühenden Büschen in den Privatgärten von Steffisburg“ (2010/13) wird abgelehnt.
2. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
3. Eröffnung an:
  - Marcel Schenk, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt
  - Tiefbau/Umwelt
  - Präsidiales, Sekretariat GGR (10.061.002; PEK-Nr. 456)

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab 5. Oktober 2010, in Kraft.

## **61 10.061.003 Interpellationen**

### **Interpellation der SVP-Fraktion betr. „Rückmeldung an Stimmbürger, welche ihren Abstimmungsausweis nicht unterschrieben haben“ (2010/17); Beantwortung**

#### **Inhalt des Vorstosses**

An der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 18. Juni 2010 reichte die SVP-Fraktion (Erstunterzeichnerin Ursula Saurer) eine Interpellation mit folgender Frage ein: „Wäre es möglich, während einem Zeitraum von einem Jahr die betreffenden Leute darauf aufmerksam zu machen, dass ihre Stimme wegen mangelnder Unterschrift als ungültig erklärt werden musste.“

Der Gemeinderat hat die Interpellation am 28. Juni 2010 der Abteilung Präsidiales zur Beantwortung zugewiesen.

### **Stellungnahme Gemeinderat**

#### *1. Grundsätzliche Bemerkungen*

Die Stimmabgabe kann auf unterschiedliche Arten erfolgen, nämlich:

- persönlich an der Urne;
- brieflich per Post oder direkte Abgabe des Antwortkuverts am Schalter der Einwohnerkontrolle bzw. durch Einwurf des Antwortkuverts in den Briefkasten beim Haupteingang des Gemeindehauses.

In Art. 27 der Verordnung über die politischen Rechte (BSG 141.112) ist die Ungültigkeit der brieflichen Stimmabgabe wie folgt geregelt:

<sup>1</sup> Die briefliche Stimmabgabe ist ungültig, wenn

a ein anderes als das Antwortkuvert benützt wird;

b die eigenhändige Unterschrift der stimmberechtigten Person auf der Ausweiskarte fehlt;

c das Antwortkuvert verspätet bei der Gemeinde eintrifft;

d das Antwortkuvert mehr als eine Ausweiskarte enthält;

e das Antwort- oder Stimmkuvert mit Kennzeichen versehen ist.

#### *2. Situation in Steffisburg*

Bei der letzten Abstimmung vom 13. Juni 2010 fielen 37 Stimmkuverts ausser Betracht, weil die Ausweiskarte nicht unterschrieben war. Dies entspricht 1,79 %. Die Ungültigkeitsquote wegen fehlender Unterschrift auf der Ausweiskarte liegt in Steffisburg, unabhängig von der Stimmbeteiligung, im Durchschnitt bei rund 1,5 %. Dies ist übrigens nicht nur ein Phänomen in Steffisburg, sondern eine Feststellung, die praktisch in jeder Gemeinde gemacht wird. Die Ungültigkeitsquote wegen fehlender Unterschrift auf der Ausweiskarte liegt in den meisten Gemeinden zwischen 1 – 2 %.

Die Stimmberechtigten werden sowohl auf dem Abstimmungskuvert selber wie auch im jeweils publizierten Inserat im Thuner Amtsanzeiger sowie auf der Steffisburger Homepage auf die Bestimmungen und insbesondere auf das Unterschriftserfordernis bei der brieflichen Stimmabgabe aufmerksam gemacht. Die Gemeinde Steffisburg hat zudem mehrmals mit speziellen Aktionen (spezielles, farbiges Hinweisblatt zu Abstimmungsunterlagen) oder zusätzlichen Publikationen in den Medien auf das Problem aufmerksam gemacht, leider ohne sichtbaren Erfolg.

#### *3. Beantwortung der konkreten Frage*

Die in der Interpellation gestellte Frage kann wie folgt beantwortet werden:

Grundsätzlich wäre dies möglich. Da es sich beim Problem aber nicht primär um fehlendes Wissen, sondern schlicht und einfach um eine Nachlässigkeit handelt, wird davon abgesehen, nach einer Abstimmung direkt an fehlbare Stimmberechtigte zu gelangen. Diese Massnahme hätte nur Erfolg, wenn es sich immer um die gleichen Personen handeln würde, was aber nicht der Fall ist. Zudem käme diese Aktion einer Desavouierung der Betroffenen gleich. Ähnlich verhält es sich bei den zu spät eintreffenden Abstimmungskuverts. Auch hier ist der Fall klar und wird jedes Mal mit den genauen Aufgabedaten kommuniziert. Trotzdem treffen in der Folgewoche nach dem Abstimmungswochenende immer wieder Kuverts per Post ein. Der Gemeinderat behält sich deshalb vor, die Stimmberechtigten generell in geeigneter Form wieder einmal auf die Mängel aufmerksam zu machen.

Achtung: Die Behandlung der brieflich abgegebenen Stimmen, also auch die Prüfung, ob die Ausweiskarte unterschrieben ist, darf nach Art. 28 der erwähnten Verordnung erst ab dem ersten Tag der Urnenöffnung (in Steffisburg also frühestens am Abstimmungssamstag) erfolgen. Demnach ist eine vorgängige Intervention (Kontrolle ob Ausweiskarte unterschrieben ist und Stimmberechtigte auffordern, diese noch bei der Verwaltung zu unterzeichnen) terminlich nicht möglich und zudem unzulässig.

## Erklärung Interpellantin

1. Die Interpellantin und Erstunterzeichnerin, Ursula Saurer, erklärt sich von der Antwort zur Interpellation der SVP-Fraktion betr. „Rückmeldung an Stimmbürger, welche ihren Abstimmungsausweis nicht unterschrieben haben“ (2010/17) als nicht befriedigt.
2. Eröffnung an:
  - Jürg Marti, Gemeindepräsident
  - Gemeindeschreiber
  - Präsidiales (Archiv-Nr. 10.061.003)

## 62 10.061.003 Interpellationen

### Interpellation der FDP-Fraktion betr. „Dorfplatz“ (2010/18); Beantwortung

#### Inhalt des Vorstosses

An der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 17. Juni 2010 hat die FDP-Fraktion eine Interpellation betr. „Dorfplatz“ (2010/18) mit folgendem Wortlaut eingereicht: *„Seit dem gemeinderätlichen Rückzug vom Projekt „Alpenkalk“ im März dieses Jahres, hat sich die Situation um den Dorfplatz nicht zum Guten gewendet. Das ehemalige Bushäuschen zeigt sich durch die Sprayereien von seiner farbigen Seite und auch entlang der Oberdorfstrasse buhlt ein sich stetig ausbreitender Trödler um die Gunst des Publikums. Nachdem das Explosionshaus einen tollen Eindruck macht, hat dies zur Folge, dass sich die optische Problemzone zunehmend auf und um den Dorfplatz verschiebt.“*

#### Fragen:

1. *Besteht eine Idee für die optische Aufwertung der gemeindeeigenen „Abbruchliegenschaften“ und dem STI-Häuschen beim Dorfplatz?*
2. *Ist eine Betriebsbewilligung für den Trödlermarkt vonnöten resp. vorhanden und wenn ja, wer kontrolliert diese?*

Der Gemeinderat hat die Interpellation an der Sitzung vom 1. Juli 2010 der Abteilung Hochbau/Planung zur Beantwortung zugewiesen.

#### Stellungnahme Gemeinderat

*Frage 1: Besteht eine Idee für die optische Aufwertung der gemeindeeigenen „Abbruchliegenschaften“ und dem STI-Häuschen beim Dorfplatz?*

Nein. Der Gemeinderat wird sich an einer der nächsten Strategiesitzungen mit dem Thema „Dorfplatz – wie weiter“ auseinander setzen und mögliche Entwicklungsszenarien definieren. Der Gemeinderat wird anschliessend das weitere Vorgehen kommunizieren.

*Frage 2: Ist eine Betriebsbewilligung für den Trödlermarkt vonnöten resp. vorhanden und wenn ja, wer kontrolliert diese?*

Eine Betriebsbewilligung ist nicht erforderlich.

Weitere Erläuterungen wird der zuständige Departementsvorsteher Hochbau/Planung direkt an der Sitzung bekannt geben.

#### Erklärung Interpellant

1. Der Interpellant und Erstunterzeichner, Jürg Gerber, erklärt sich von der Antwort zur Interpellation der FDP-Fraktion betr. „Dorfplatz“ (2010/18) als befriedigt.
2. Eröffnung an:
  - Lorenz Kopp, Departementsvorsteher Hochbau/Planung
  - Hochbau/Planung
  - Präsidiales, Sekretariat GGR (10.061.003, PEK-Nr. 472)

## 63 10.061.000 Parlamentarische Vorstösse

### Neue parlamentarische Vorstösse; Bekanntgabe und Begründung

#### 63.1 Motion der SP-Fraktion betr. „Pedibus – der Schulbus auf Füssen“ (2010/19)

##### Begehren

„Der Gemeinderat wird beauftragt, in Steffisburg Pedibus-Linien einzuführen.“

##### Begründung:

Der Schulweg ist für Kinder mehr als der Weg zur Schule/zum Kindergarten. Kinder üben das sichere Verhalten im Strassenraum, pflegen Freundschaften und entwickeln Eigenverantwortung. Durch die tägliche Bewegung stärken Kinder ihre Gesundheit und Konzentrationsfähigkeit.

Leider können nicht alle Kinder selbstständig zur Schule gehen - vielleicht, weil sie noch unsicher sind, vielleicht, weil der Schulweg zu gefährlich ist. In solchen Situationen ist der Pedibus – der «Schulbus auf Füssen» – die schlaue Alternative zum Elterntaxi.

Der Pedibus ist kein richtiger Bus, die Kinder gehen zu Fuss und werden von einer erwachsenen Person begleitet. Diese folgt einer vereinbarten Route und holt die Kinder zu bestimmten Zeiten an definierten Orten ab. Der Pedibus eignet sich für Kinder von vier bis acht Jahren und ist dann die ideale Lösung, wenn der Schulweg gefährliche Strassenabschnitte quert.

Der Pedibus bringt für Kinder mehr Sicherheit und Selbständigkeit im Strassenverkehr. Die zusätzliche Bewegung leistet einen Beitrag an die Gesundheit und die Kontakte mit Gleichaltrigen stärken die sozialen Fähigkeiten. Eltern können dank dem Pedibus ihr Kind zu Fuss zur Schule schicken und wissen gleichzeitig, dass es sicher unterwegs ist. Der Pedibus entlastet sie zudem im Alltag. Sie müssen ihr Kind nicht täglich zur Schule/zum Kindergarten bringen und wieder abholen sondern können diese Aufgabe mit anderen Eltern teilen. Nicht zuletzt werden auch Kontakte zu anderen Eltern gefördert.

Einzelfahrten mit dem Auto zur Schule und zurück entfallen. Dies bringt ein kleineres Verkehrsaufkommen vor dem Schulhaus und damit für alle Schüler/innen zusätzliche Sicherheit. Ausserdem leistet der Pedibus einen Beitrag zum Umweltschutz und zur Umwelterziehung.

Erstunterzeichnerin Ruth Lehmann, SP, hat keine ergänzenden Bemerkungen zur Motion.

#### 63.2 Postulat der SP-Fraktion betr. „Anerkennung und Förderung der Freiwilligenarbeit“ (2010/20)

##### Begehren

„Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, mit welchen geeigneten Massnahmen die Freiwilligenarbeit in unserer Gemeinde anerkannt und gefördert werden kann.“

##### Begründung:

In unserer Gemeinde leisten sehr viele Menschen Freiwilligenarbeit. Unsere Gemeinde könnte ohne diese grosse Arbeit, die geleistet wird, nicht funktionieren. Die Freiwilligenarbeit wird aber in unserer Gemeinde zu wenig beachtet und anerkannt. Diese unentgeltliche Arbeit soll in Zukunft anerkannt und gefördert werden. In vielen Bereichen unseres Gemeindewesens wird Freiwilligenarbeit geleistet. Wir denken hier an die Freiwilligenarbeit in den Bereichen Soziales, Sport, Kultur, Politik und Nachbarschaftshilfe. Unserer Ansicht nach wird diese Freiwilligenarbeit zu wenig beachtet und anerkannt. Deshalb sind wir der Meinung, dass der Gemeinderat prüfen soll, mit welchen geeigneten Massnahmen die Freiwilligenarbeit anerkannt und gefördert werden kann.

Wir könnten uns beispielsweise vorstellen, dass im Rahmen der Ehrung erfolgreicher Steffisburgerinnen und Steffisburger auch Personen, die sich in der Freiwilligenarbeit besonders verdient gemacht haben, geehrt werden könnten oder dass den Freiwilligen ein Gutschein für die Anerkennung ihrer Tätigkeit abgegeben werden könnte. Dies könnten Gutscheine für den Einkauf in den Steffisburger Geschäften oder für den Besuch eines Konzertes oder Theater sein.

Therese Tschanz, SP, versteht unter Freiwilligenarbeit beispielsweise auch einen Einsatz im Bereich Waldaufforstung. Im Weiteren wäre als Anerkennung für die Freiwilligenarbeit die Auszahlung eines Steuerrabattes denkbar.

## **64 10.061.004 Einfache Anfragen**

### **Einfache Anfragen**

#### **64.1 Beantwortung der einfachen Anfrage aus der GGR-Sitzung vom 18. Juni 2010 betr. Überbauung Stuckimatteplus**

Lorenz Kopp, Departementsvorsteher Hochbau/Planung, weist drauf hin, dass die Bauarbeiten wieder laufen. Das Baugesuch ist am 7. Juli 2007 erteilt worden. Gemäss Baureglement muss der Baubeginn ab Baugesucherteilung innerhalb von drei Jahren erfolgen. Darüber hinaus kann eine Verlängerung von maximal zwei Jahren beantragt werden. Seitens der Gemeinde besteht kein Handlungsbedarf.

#### **64.2 Beantwortung der einfachen Anfrage aus der GGR-Sitzung vom 29. April 2010 betr. Vorplatz Fussballplatz Eichfeld**

Stefan Schneeberger, Departementsvorsteher Sicherheit, hat an der GGR-Sitzung vom 18. Juni 2010 zur Frage Stellung genommen und kann diese heute noch abschliessend beantworten. Mit der Liegenschaftsbesitzerin wurde Kontakt aufgenommen. Diese kommt zum Schluss, dass die Notwendigkeit nach einer zusätzlichen Parkregelung oder einem Parkierverbot nicht besteht. Der Sportplatz Eichfeld ist eingezäunt und nur die Benutzenden haben Zutritt. Der FC hat bereits reagiert und seine Leute auf die Parkordnung aufmerksam gemacht.

#### **64.3 Beantwortung der einfachen Anfrage aus der GGR-Sitzung vom 18. Juni 2010 betr. Änderung der ärztlichen Notfallversorgung im Thuner Ostamt**

Stefan Schneeberger, Departementsvorsteher Sicherheit, erklärt, dass seit dem 1. Juni 2010 die ärztliche Notfallversorgung im Thuner Ostamt in Betrieb genommen worden ist. Aufgabe dieses Zentrums ist es, in der ganzen Region eine einheitliche, kompetente Notfallversorgung sicher zu stellen. Sie ist unter der Nummer 0900 57 67 47 erreichbar. Die Hausärzte haben im Haus C beim Spital das Notfall-Kompetenzzentrum eingerichtet. Der Posten des Hausarztnotfalls ist wie folgt geöffnet:  
Montag bis Freitag: 17.00 bis 23.00 Uhr  
Samstag: 08.00 bis 23.00 Uhr  
Sonntag: 08.00 bis 23.00 Uhr  
Tagsüber unter der Woche funktioniert wie bis anhin der spitalärztliche Tagesdienst. Den Ratsmitgliedern wird ein Info-Blatt zur Notfallversorgung ausgehändigt.

#### **64.4 Gefahrenkarte Steffisburg**

Am 23. Juni 2010 fand in der Aula Schönau die Orientierungsveranstaltung zur Gefahrenkarte Steffisburg statt. An diesem Anlass haben nur wenige Personen teilgenommen. Jürg Gerber, FDP, hat vom Anlass kurzfristig erfahren. Momentan läuft das Vernehmlassungsverfahren. Jürg Gerber, möchte wissen, ob die Gemeinde nochmals etwas unternimmt, um die Bevölkerung auf die Thematik zu sensibilisieren.

Lorenz Kopp, Departementsvorsteher Hochbau/Planung, weist darauf hin, dass der Anlass als Start und Auftakt zur Mitwirkung dienen sollte. Auf die Orientierungsveranstaltung wurde im Thuner Amtsanzeiger und im Internet hingewiesen. Die Mitwirkung zur grundeigentümergeleiteten Umsetzung der Gefahrenkarte läuft momentan. Die Umsetzung der Gefahrenkarte erfolgt im ordentlichen Planerlassverfahren. Nach der öffentlichen Auflage wird es Gelegenheit geben, Einsprachen einzureichen, was entsprechend kommuniziert werden wird.

Schluss der Sitzung um 19.40 Uhr

Grosser Gemeinderat Steffisburg  
Der Präsident

Der Gemeindeschreiber

Heinz Gerber

Rolf Zeller

Die Protokollführerinnen

Marianne Neuhaus

Erika Furrer

Die Stimmzählenden

Margret Bachmann

Fritz Kunz

Peter Jordi